Volksstimme

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg
Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag und Expedition: Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5407

Nr. 182 | Bezugspreis: Monatlich 1 75 Mk frei Haus. Bei Abholung 1 60 Mk Bei den Postanstalten vierteljährlich 5.25 Mk., ohne Bestellgeld Einzelnummer 15 Pfennig | Halle, Dienstag, den 12. August 1919 | Anzeigenpreis: Die 8 gespaltene Millimeter-Zeile 20 Pfennig, im Reklameteil Millimeter-Zeile 60 Pfennig. – Schluß der Anzeigen-Annahme vormittags 10 Uhr. – | 3. Jahrgang

Das werdende Rätesystem.

Der in der letzten Nummer des Reichsanzeigers veröffentlichte Entwurf eines Betriebsrätegesetzes, den wir auszugsweise an anderer Stelle unserer heutigen Nummer veröffentlichen, stellt die erste Verwirklichung des in der Verfassung vorgesehenen, vom Weimarer Parteitag der Sozialdemokratie gebilligten Rätesystems dar, das einen dreigliedrigen Aufbau, Betriebs- und Bezirksarbeiterräte und einen Reichsarbeiterrat sowie — aus Arbeiterräten und Unternehmervertretungen gemeinsam — Bezirkswirtschaftsrat und einen Reichswirtschaftsrat vorsieht.

Die Betriebsräte stellen die unterste Stufe des Rätesystems dar. Ihre Aufgabe ist es, vor allem an die Stelle der Autokratie im Betrieb die

Betriebsdemokratie

zu setzen, das Alleinbestimmungsrecht des Unternehmers durch das volle Mitbestimmungsrecht der im Betriebsrat vertretenen Arbeitnehmer in allen Arbeiterfragen zu ersetzen und so eine neue Arbeitsverfassung herbeizuführen.

Zugleich mit dem Neubau der Arbeiterverfassung bahnt sich der Neubau der Wirtschaftsverfassung an. Auf der untersten Stufe des Rätesystems erscheint der Betriebsrat nur als die mitratende, mit dem Recht der Einsichtnahme ausgestattete Instanz. Ihr folgen künftig der Bezirks-, Landes- und Reichs-Arbeiterrat, die in Parität mit den gleichstufigen Unternehmerräten der Erfüllung gesamtwirtschaftlicher Aufgaben und der Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze zu dienen berufen sein werden.

Der Entwurf bringt viel Neues auf dem Gebiete des Arbeitsvertrages und der Wirtschaftsverfassung. Das Recht des Dienstvertrages des bürgerlichen Rechts aus der Friedenszeit steht nach den Eingriffen der letzten Monate fast nur noch auf dem Papier. Der Dienstvertrag des einzelnen Arbeitgebers mit dem einzelnen ihm wirtschaftlich unterlegenen Arbeitnehmer gehört der Vergangenheit an. An seine Stelle tritt das von der Berufsorganisation, der Gewerkschaft, abgeschlossene, von dem Betriebsrat überwachte Arbeitsverhältnis zweier gleichberechtigter Kontrahenten.

Der Gesetzentwurf bedeutet einen Ausbau des Gedankens der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse, der unter dem Namen und in der Form von Betriebsräten durchgeführt wird. Die Arbeiter und Angestellten jedes Betriebs erhalten dadurch

ein Mitbestimmungsrecht in allen Fragen

der Arbeitsbedingungen, insbesondere in den Fragen der Einstellungen und Entlassungen, und ein Recht der Mitteinsicht in die wirtschaftlichen und kaufmännischen Bedingungen des Betriebs. Ueberflüssig zu sagen, daß ein solches Gesetz für sich allein noch lange nicht dazu ausreicht, den sozialistischen Gedanken zu verwirklichen, sondern daß es nur einen Stein darstellt in dem künftigen Bau, der nach Plan und Bedacht errichtet werden soll. Die sozialdemokratischen Forderungen sind mit einem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter noch nicht erschöpft, sie gehen auf eine Beherrschung der gesamten Wirtschaft durch die Allgemeinheit des schaffenden Volkes hinaus. Gerade darum aber ist das Problem nicht dadurch zu lösen, daß die Betriebe einfach ihren Arbeitern übereignet werden und daß der Betriebsrat an die Stelle des Unternehmers tritt. Durch ein solches Vorgehen würde nicht der Kapitalismus beseitigt, sondern das Kapital der einzelnen Betriebe den in ihnen beschäftigenden Arbeitern übergeben werden und bei unsachgemäßer Bewirtschaftung zum Schaden der beschäftigten Arbeiter selbst und der Allgemeinheit der Vernichtung ausgesetzt sein. Der verderbliche Kampf aller gegen alle würde nicht beseitigt, sondern verschärft werden, Betrieb würde gegen Betrieb, Beruf gegen Beruf, wir kämen zur gefürchteten „Atomisierung des Wirtschaftslebens“, und das wäre das Ende jeder sozialistischen Neuordnung.

Der Entwurf geht also von richtigen Grundsätzen aus, wenn er es vermeidet, an die Stelle einer Alleinherrschaft des Unternehmertums eine Alleinherrschaft der Betriebsräte zu setzen. Für Kritik und Verbesserung im einzelnen bleibt ein weites Feld, auf dem der Opposition von links die Möglichkeit positiver Arbeit offen bleibt. In dem Grundgedanken wird aber im Interesse der Arbeiterschaft und einer vernünftigen Neuordnung der Wirtschaft festgehalten werden müssen, sowohl ihr gegenüber wie gegen die

noch schärfere Opposition des Unternehmertums,

das für seinen Herrn-im-Hause-Standpunkt einen aussichtslosen Verteidigungskampf führt.

Für höchst bedenklich aber halten wir eine Bestimmung, die zur Bekämpfung der wilden Streiks, vornehmlich der unorganisierten, gedacht ist. Der Betriebsrat soll den Betrieb im allgemeinen vor Erschütterungen bewahren, insbesondere in Fällen drohender Arbeitseinstellung, im Zusammenwirken mit den Gewerkschaften dafür sorgen, daß die Arbeit nicht eher eingestellt wird, als in geheimer Abstimmung ein solcher Beschluß mit Zweidrittel-Majorität gefaßt worden ist, es sei denn, daß die Statuten der in Frage kommenden Berufsvereinigungen übereinstimmend ein anderes Mehrheitsverhältnis vorschreiben. Diese Fassung ist keineswegs besser als die des ersten Entwurfs der Vorlage, sie greift im Gegenteil durch die Vorschrift der geheimen Wahl und unter Umständen eines gewissen Mehrheitsverhältnisses noch tiefer in das Recht der Organisationen ein. Sind z. B. in einem Betriebe zwei Organisationen vertreten, von denen die eine die einfache und die andere die Zweidrittel-Mehrheit zum Streikbeschluß vorschreibt, so muß nach der Vorlage eine Zweidrittel-Mehrheit für den Streik stimmen, auch wenn die Organisation, deren Satzung nur eine einfache Mehrheit verlangt, weitaus am stärksten ist. Es erscheint uns sehr bedenklich, die gewiß

schwierigen Probleme des Koalitionsrechtes

in der Gegenwart in diesem Gesetz sozusagen im Vorbeigehen lösen zu wollen und dazu noch auf seiten der Arbeiter, aber nicht auf seiten der Unternehmer, deren Kampfesmethoden dann auch gesetzlich kontrolliert werden müßten. Streikrecht und Schlichtungswesen sind untrennbar. Die Anerkennung der Regierungsvorlage als eines bedeutenden Schrittes auf dem Wege zur konstitutionellen Fabrik darf uns nicht hindern, diesen Vorschlag aufs lebhafteste zu bekämpfen.

Noch auf andere Mängel sei hingewiesen. Die Auskunftspflicht des Arbeitgebers entbehrt jeder Sicherung gegen Verletzungen. Wir müssen damit rechnen, daß manche Arbeitgeber unrichtige oder unvollständige Angaben machen werden. Für diese Fälle bedarf es zweifellos ähnlicher Strafvorschriften, wie sie z. B. die Kriegsverordnung über die Auskunftspflicht vorsieht. Von außerordentlicher Tragweite ist sodann eine harmlos erscheinende Ausnahme von dem allgemeinen Mitbestimmungsrecht. Es soll nicht statthaben bei Entlassungen, die durch Stillegung des Betriebs erforderlich werden. Der Unternehmer, der Tausende mit einem Mal entlassen will, darf dies ohne irgendjemanden zu fragen. Hier muß die Kommission der Nationalversammlung dringend Abhilfe schaffen. Man knüpfe das Recht zu Stillegungen und erheblichen Betriebseinschränkungen an die Genehmigung einer paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzten Stelle, etwa einer Arbeitsgemeinschaft. Will der Unternehmer solcher Stelle seine Verhältnisse nicht klar legen, nun gut, so möge er dem Mitbestimmungsrecht voll unterworfen sein. Die Betriebsleitung ist heute keine Privatangelegenheit mehr und ihre Preisgabe noch viel weniger.

Schon heute verdient gesagt zu werden, daß die Zukunft des gesetzlich geregelten wirtschaftlichen Rätesystems noch mehr als von dem Wortlaut von dem Inhalt abhängen wird,

den ihm die Arbeiter geben werden.

Es wäre ein Unheil, wenn die Betriebsratswahlen zu einem Tummelplatz sozialistischer Richtungskämpfe gemacht werden würden. Die Arbeiter werden zeigen müssen, daß sie in die Betriebsräte solche Kollegen zu wählen verstehen, die für die Interessen ihrer Mitarbeiter und die Voraussetzungen einer produktiven Betriebsführung volles Verständnis besitzen. Je größer die sachliche Tüchtigkeit der Betriebsräte sein wird, einen desto größeren Anteil werden sie tatsächlich an der Betriebsleitung zum Nutzen der Arbeiterschaft nehmen können. Diese hat ein lebhaftes Interesse daran, daß das Betriebsrätegesetz in den Beratungen der Nationalversammlung eine brauchbare Form erhält, sie muß sich aber zugleich zwecksetzt schon gefaßt auf ihre neuen Aufgaben einstellen. Von ihr hängt es ab, daß bei der Ausgestaltung des Gesetzes wie bei seinem späteren Ausführung praktische Arbeit zu ihrem Nutzen geleistet wird.

Der Kaliarbeiterstreik abgebrochen.

Halle, 12. August. In der dritten „Reichskonferenz der Kaliarbeiter Deutschlands“, die von der Verhandlungskommission und dem Bezirksbergarbeiterrat für den 11. August nach dem Volkspark in Halle einberufen war, wurde nach stürmischen Auseinandersetzungen in geheimer Abstimmung der Abbruch des „Generalstreiks“ beschlossen.

Ebenso haben auch die Braunkohlenarbeiter abgelehnt, in einen Sympathiestreik einzutreten.

Näheres über den Verlauf der Tagung war zur Stunde noch nicht zu erfahren. Es ist aber so gekommen, wie es nicht anders kommen konnte. Der mit dem Todeskeim geborene „Generalstreik“, das Machwerk Weniger, ist schmählich zusammengebrochen.

„Generalstreikschwindel“

Ueber den „Generalstreik der Kaliarbeiter“ berichtete das Volksblatt gestern schon nicht mehr selbst. Es glaubt die Verantwortung für den Schwindel nicht mehr tragen zu können und läßt sich darum von „unterrichteter Seite“ schreiben. Die „unterrichtete Seite“ erklärt natürlich alle Meldungen, die an den „Generalstreik“ nicht glauben wollen, für Schwindel. Aber wenn man die Zuschrift nur etwas näher betrachtet, merkt man sofort, wo besser und — frecher geschwindelt wird. In der betr. Volksblattzuschrift werden eine ganze Anzahl Schächte aufgeführt, die angeblich mit „Generalstreikeln“ sollen, in denen jedoch niemand mehr an Streik denkt. Wir wollen nur einige Beispiele herausgreifen: Die Adlerkaliwerke, Solvayhall I und II werden u. a. als Streikwerke angegeben und doch weiß jeder nur ein wenig Orientierte, daß dort gearbeitet wird. Nebenbei bemerkt werden in diesem „Aufklärungsbericht“ Werke und Schächte durcheinandergebracht und all die streikenden Schächte einfach zu Werken gemacht.

Auch von dem Solidaritätsbeschluß der Braunkohlenbergarbeiter wird wiederum geschrieben. Auch dieser Solidaritätsbeschluß ist ein aufgelegter Schwindel. Die Bergarbeiter des Geiseltales, des Magdeburger und Halleschen Bezirks wissen überhaupt nichts von einem derartigen Beschluß, er kann nur von unverantwortlichen Elementen abgegeben worden sein, die in keinerlei festem Verhältnis zu den einzelnen Belegschaften stehen.

Was von der Zuschrift der „unterrichteten Seite“ zu halten ist, beweist auch, daß der „Generalstreik“, der nach diesem Bericht so glänzend stand, kurzerhand abgebrochen werden mußte. Leicht ist danach zu ermessen, wo die Generalstreikschwindler sitzen und auch bei diesem wirtschaftlichen Kampfe hat sich gezeigt, daß eine Lügentaktik nach dem Vorbilde der Obersten Heeresleitung über kurz oder lang zusammenbrechen muß.

Weitere Einschränkung des Eisenbahnverkehrs?

Berlin, 11. August. W. T. B. meldet: Neue große Betriebsstörungen im Eisenbahnverkehr infolge Kohlenmangels sind, wenn die Kohlenförderung weiter so unzureichend wie bisher vor sich geht, mit Sicherheit zu befürchten. Der Eisenbahnminister hat bereits vor längerer Zeit eine erhebliche Einschränkung des Personenverkehrs insbesondere die Wiederaufhebung der für den Sommerverkehr eingerichteten Züge und eine Einschränkung des Sonntagsverkehrs angeordnet. Bisher reicht der vorhandene Kohlenbestand auch nicht entfernt aus, um das Verkehrsbedürfnis zu befriedigen. Wie wir hören, sind Maßnahmen ergriffen, um zu verhindern, daß auch der Güterverkehr ins Stocken kommt und dadurch das Wirtschaftsleben weiter schwer gefährdet wird.

Minister Oeser über die Betriebslage der Eisenbahn.

Berlin, 12. August. Der Verkehrsminister Oeser hielt gestern für die Mitglieder der Berliner Handelskammer über die Betriebslage der Staatseisenbahnen und den Herbstverkehr einen Vortrag. Ohne eine Steigerung der Kohlenförderung, sagte er, wird ein Erwachen unseres Wirtschaftslebens nicht möglich sein. Es wird vielleicht nötig werden, durch Reichsgesetz die Verwendung der Rohkohle in der bisherigen Form zu verbieten. Der Minister will sich dafür einsetzen, daß so viel Kohlen wie möglich abgefahren werden. Es ist aber damit zu rechnen, daß für längere oder kürzere Zeit für andere Güter eine Sperre eintreten wird. Zur Verminderung der Notlage will Oeser auf die Arbeiterschaft dahin einwirken, daß die Reparaturen in kürzerer Zeit vollendet werden. Für heute nachmittag hat der Minister Vertreter aller Fachverbände zu einer Sitzung einberufen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190812-16/fragment/page=0001

Der Gesetzentwurf über die Betriebsräte.

Das künftige nunmehr im Entwurf veröffentlichte Betriebsrätegesetz tritt an die Stelle des von Arbeiter- und Angestelltenausschüssen handelnden Abschnittes der Verordnung vom 23. Dezember 1918. Die alten Arbeiter- und Angestelltenausschüsse werden beseitigt.

Der einheitliche Betriebsrat setzt sich aus einer Arbeiter- und Angestelltengruppe zusammen. Die Gruppen werden von den Arbeitern und Angestellten eines Betriebes entsprechend ihrem Zahlenverhältnis nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Das Gesetz gilt für alle Betriebe, Geschäfte und Verwaltungen des öffentlichen und privaten Rechts im weitesten Sinne. Es umfaßt die Landwirtschaft, Handel und Gewerbe, wie auch die freien Berufe. Ausgenommen ist nur die See- und Binnen-Schiffahrt, die einer besonderen Regelung bedarf. Ein Betriebsrat ist in jedem Betriebe, der mindestens 20 Arbeitnehmer beschäftigt, zu bilden. Für die Betriebe von 5—20 Arbeitern ist die Wahl von Obleuten vorgeschlagen, die die gleichen Rechte und Pflichten haben, wie der Betriebsrat, mit Ausnahme des Mitbestimmungsrechts bei Einstellungen und Entlassungen. Für die einzelnen Abteilungen ist die Bildung von Abteilungs-Betriebsräten vorgesehen, woraus ein Gesamtbetriebsrat zu errichten ist.

Die großen staatlichen Unternehmungen, besonders die Verkehrsanstalten, erhalten ein von der untersten Stelle bis zur Spitze sich gliederndes System von Räten.

Das aktive Wahlalter beträgt 18 Jahre, das passive 20 Jahre. Die Wählbarkeit erfordert ferner eine sechsmonatliche Betriebs- und eine dreijährige Gewerbszugehörigkeit. Für die Möglichkeit der Zusammenarbeit der künftigen Beamtenräte mit den Betriebsräten ist Sorge getragen. Die Wahlperiode eines Betriebsrates beträgt ein Jahr, doch kann eine frühere Abberufung durch eine qualifizierte Mehrheit erfolgen.

Die Aufgaben der Betriebsräte liegen in der auf Gleichberechtigung mit dem Arbeitgeber sich vollziehenden Regelung aller Arbeitsverhältnisse. Sie setzen zusammen mit dem Arbeitgeber die Arbeitsordnung fest, haben das Einvernehmen unter der Arbeiterschaft und mit dem Arbeitgeber zu fördern und sollen in Streitfällen für geregelte, geheime Abstimmungen sorgen. Die Wohlfahrtseinrichtungen verwaltet künftig der Betriebsrat zusammen mit dem Arbeitgeber. Schließlich hat dieser das volle Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen, bei denen sein Einspruch, soweit nicht eine Entlassung aus wichtigen Gründen fristlos erfolgt und den Arbeitgeber zu Verhandlungen nötigt. Erfolgt keine Einigung, so entscheidet endgültig der Schlichtungsausschuß, der auch im übrigen für den ganzen sozialen Aufgabenkreis Schiedsinstanz ist.

Unter den wirtschaftlichen Funktionen des Betriebsrates seien erwähnt: Er hat die Betriebsleitung mit Rat zu unterstützen, um so mit ihr für einen möglichst hohen Stand der Produktion und für möglichste Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistung zu sorgen. In die mit Aufsichtsräten ausgestatteten Unternehmungen entsendet er ein bis zwei seiner Mitglieder nach einem besonderen, noch zu erlassenden Gesetz. Er hat ein Recht darauf, Aufschluß über alle die Arbeitnehmerschaft berührenden Betriebsvorgänge, soweit dadurch keine Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse gefährdet werden, zu verlangen. Insbesondere kann er die Vorlage von Lohnbüchern und Informationen über die Leistungen des Betriebes und den zu erwartenden Arbeitsbedarf verlangen. In Unternehmungen, die Handelsbücher zu führen haben und mindestens 50 Arbeitnehmer beschäftigen, kann er vom 1. Januar 1920 ab jährlich die Bilanz- und Gewinn- und Verlustrechnung verlangen. Die Mitglieder des Betriebsrates sind durch Strafbestimmungen gegen Benachteiligung geschützt. Auch können sie nur mit Zustimmung des Betriebsrates entlassen oder versetzt werden, vorbehaltlich der Entlassung aus wichtigen Gründen. Die Geheimhaltung der dem Betriebsrat mitgeteilten Geschäftsgeheimnisse ist durch Strafbestimmungen gesichert.

Auf eine weitere Gesetzgebung, die über die Betriebsräte hinaus Arbeiter- und Wirtschaftsräte schaffen soll, ist in einem Gesetz, das somit die unterste Stufe des Rätesystems darstellt, bereits mehrfach Rücksicht genommen.

Das Betriebsrätegesetz wird noch geändert?

Weimar, den 11. August. Es wird gemeldet: Das Gesetz über die Betriebsräte soll Dienstag der Nationalversammlung zugehen. Da jedoch von den Einzelstaaten zahlreiche Aenderungen beantragt worden sind, wird das Gesetz morgen noch einmal den Staatenausschuß beschäftigen.

Wie die P. P. N. an zuständiger Stelle erfahren, wird das Betriebsrätegesetz Dienstag und Mittwoch im Staatenausschuß beraten werden und am Donnerstag der Nationalversammlung zugehen.

Die Kohlenkrise.

Europa geht einer schweren Kohlenkatastrophe entgegen. Die Reduzierung der Arbeitszeit und die damit verbundene Produktionsminderung ergibt für Europa einen monatlichen Fehlbetrag von 20 Millionen Tonnen. Nach einer Erklärung des Amerikaners Hoover ist es Amerika nicht möglich, Europa von dieser Kohlenkrise zu befreien. Der amerikanische Gewerkschaftsführer Gompers richtet an die Bergarbeiterschaft Europas den Appell, den Achtstundentag nicht in einen Sieben- oder Sechsstundentag umzuwandeln. Am schwersten wird von dieser Kohlennot unzweifelhaft Deutschland betroffen werden. Wir müssen alle Kräfte anspannen, um eine Förderung der Produktion zu erreichen, denn die Gefahr ist groß, daß die Entente fremde Arbeitskräfte nach Deutschland schickt, um so die zur Erfüllung des Friedensvertrages notwendigen Mengen fördern zu lassen.

Die deutschen Bergarbeiter haben im Laufe der Revolution eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage nach der anderen erreicht. Sie haben heute die kürzeste Arbeitszeit aller europäischen Bergarbeiter, leider sehen wir aber, daß sie darüber hinaus bestrebt sind, durch Nebenarbeit in anderen industriellen Werken die gewonnene freie Zeit auszufüllen. Im Interesse der deutschen Volkswirtschaft und des ganzen deutschen Volkes wäre es dringend erwünscht, ist es sogar notwendig, daß die Bergarbeiter alle ihre Kräfte hergeben, um das Volk vor der bevorstehenden Kohlenkatastrophe zu schützen. Aber nicht nur die Bergarbeiter, sondern auch andere lebenswichtige Berufe haben hier eine vornehme Pflicht zu erfüllen. Vor allen Dingen sind es die Eisenbahner, die zur Versorgung des Landes mit Kohle unbedingt notwendig sind. Aus dem Ruhrgebiet wird weiter gemeldet, daß ein Streik der Maschinisten und Heizer durch das Verhalten der Unternehmer den Arbeitern gegenüber bevorsteht. Arbeitgeber wie Arbeitnehmer haben die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, in dieser ernsten Stunde alle Sonderinteressen zurückzustellen und dem Volke das zu geben, was es zum Leben unbedingt gebraucht — die Kohle.

Der Mangel an Kohle wirkt für Deutschland geradezu katastrophal. Nicht nur die Einfuhr ausländischer Lebensmittel, sondern auch die Verteilung der im Inlande erzeugten würde bei Einstellung der Kohlenproduktion und Beförderung zur Unmöglichkeit werden, und die Arbeiterfrau könnte nicht einmal ihr karges Mittagsmahl bereiten. Ganze Industriebetriebe müßten die Arbeit einstellen, die Arbeitslosigkeit würde ins Ungemessene wachsen und Hunderte würden den Tod durch Erfrieren finden. Das grenzenlose Elend würde das Volk zur Verzweiflung treiben und Verhältnisse müßten eintreten, die das unglückliche Ungarn zugrunde gerichtet und die Reaktion zum Sieger über die Freiheit gemacht haben.

*

Berlin, 9. August. (WTB.) Ausschuß zur Regelung der Arbeitszeit im Bergbau des Ruhrgebiets. Gemäß der Verordnung vom 18. Juni 1919 hat der Reichsarbeitsminister einen Ausschuß gebildet, der die Frage der Arbeitszeit im Bergbau des Ruhrgebiets prüfen soll. Dem Ausschuß gehören an Vertreter des Zechenverbandes, der drei großen Bergarbeiterverbände und der Angestelltenverbände. Den Vorsitz hat auf Bitte des Reichsarbeitsministeriums der durch seine langjährige praktische und wissenschaftliche Tätigkeit bekannte Leiter des Büros für Sozialpolitik Professor Dr. Franke übernommen. Ferner sind in den Ausschuß berufen worden: Der Nationalökonom Professor Dr. Gothein-Heidelberg, ein besonderer Kenner des deutschen Bergbaues, Professor Grotjahn-Berlin als Vertreter der hygienischen Wissenschaft, Dr. Piorkowski-Berlin, als Berufspsychologe und Sachverständiger auf dem Gebiete der Ermüdungsgesetze, Dr. Jöhlinger, volkswirtschaftlicher Redakteur der Deutschen Allgemeinen Zeitung zur Vertretung der auf dem Gebiete des Bergbaues zu würdigenden weltwirtschaftlichen Zusammenhänge und endlich ein Vertreter der Preußischen Bergverwaltung.

Der Ausschuß tritt am Dienstag, den 12. August, im Gebäude des bergbaulichen Vereins in Essen zusammen, um nach Aufstellung seines Arbeitsprogramms unverzüglich die wichtigsten Zechen in den verschiedenen Revieren zu besichtigen und in mündlicher Erörterung mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie mit den örtlichen Behörden die Grundlagen für seine Feststellungen zu gewinnen.

Die neue Monarchie in Ungarn.

Wien, 11. August. Von hier wird gemeldet: **Die monarchistische Bewegung in Ungarn scheint unter dem Druck der Entente eine neue Wendung zu nehmen. Der Name des Herzogs Adolf von Teck steht mit wachsender Bestimmtheit als Thronanwärter in Ungarn auf. Es scheint, daß Erzherzog Joseph doch nicht geneigt sei, den Thron zu besteigen, oder aber es sind ungarische Monarchisten der Ansicht, daß sie eine bedeutende Erleichterung der Friedensbedingungen erreichen könnten, wenn sie die ungarische Krone dem aus dem englischen Herrscherhaus stammenden Prinzen anbieten würden. Herzog Adolf von Teck ist mütterlicherseits mit der ungarischen Aristokratie verwandt, da seine Mutter eine geborene Gräfin Rhedey war. Er weilte vor dem Kriege auch oft in Ungarn.**

In Budapest sind insgesamt 21 Volksbeauftragte, 82 Arbeiterräte und 186 Terroristen verhaftet worden, wie man meldet, alle wegen gemeiner Verbrechen. Während der bolschewistischen Herrschaft sind 696 Personen standrechtlich hingerichtet worden.

Die augenblickliche Lage.

Das ungarische Kriegsministerium meldet, daß die Entwaffnung der Roten Armee überall in größter Ruhe verlaufen und am Sonnabend beendet worden sei. Dem widerspricht eine andere Meldung des Ungar. Korr-Bureau, wonach in Transdanubien die nationale Organisation emsig betrieben wird. Für den Guerillakrieg gegen die bolschewistischen Reste wurde Oberst Lehar mit 2000 Mann und mehreren Geschützen aufgeboten. Die militärische Organisation wird in den Komitaten im Einverständnis mit der rumänischen Heeresleitung von ungarischen Offizieren besorgt.

Entente-Ultimatum an Rumänien.

Aus Versailles wird gemeldet, daß nach Pariser Informationen die Alliierten gegenüber den Rumänen eine rücksichtslos entschiedene Stellung einnehmen. Sie wollen auf jeden Fall verhindern, daß sich die Rumänen in Budapest festsetzen und daß sie ihre Rücksichtslosigkeit weiter ausüben. Die Alliierten sind zu schroffster Stellungnahme entschlossen. Die Note, die Clemenceau im Namen der Entente an Rumänien gerichtet hat, soll eindeutig den Einzug der rumänischen Truppen in Budapest ablehnen und die Form eines Ultimatums haben.

Ein Aufruf der österreichischen Soldatenräte.

Wien, 10. August. Die Arbeiterzeitung veröffentlicht einen Aufruf des Reichsvollzugsausschusses der Soldatenräte an die Proletarier im Waffenrock, in dem die Reaktion unter Hinweis auf die Ereignisse in Ungarn davor gewarnt wird, einen Anschlag auf die deutsch-österreichische Republik zu versuchen. Jeder einzelne Proletarier sei bereit, sein Leben für die Freiheit zu lassen. Zum Schluß heißt es: Soldaten! Proletarier! Seid einig! Seid Euch der großen Gefahr bewußt und bereitet Euch zum Kampfe vor!

Aushungerung Rußlands.

Versailles, 10. August. Der Oberste Rat der Alliierten hat sich in seiner Sitzung am Sonnabend mit der Haltung gegenüber Rußland befaßt. Dabei wurde — wie die Blätter berichten — die Aufrechterhaltung der Blockade gegen Rußland beschlossen. Die Entente wird vorerst keine eigenen Truppen in Rußland mehr unterhalten. Aber die Unterstützung der gegen die Moskauer Regierung kämpfenden Generale wird fortgesetzt werden. Die Entente begnügt sich mit dem passiven, aber langsam tödlich wirkenden Mittel völliger Abschnürung Sowjet-Rußlands von allen Zufuhren.

Steigende Unzufriedenheit mit der russischen Sowjetregierung.

Amsterdam, 11. Aug. Laut „Algemeen Handelsblad" meldet „Daily Mail" aus Hessingfors, daß die Unzufriedenheit über die Sowjetregierung in Moskau im Wachsen begriffen ist, und daß die Regierung Maßnahmen trifft, um den Kreml zu räumen und nach Tula, 120 Meilen südlich von Moskau, umzuziehen.

Kopenhagen, 11. Aug. In einem Telegramm aus Hessingfors wird mitgeteilt, daß die letzten Nachrichten aus Rußland geeignet sind, das größte Aufsehen zu erregen. Aus ihnen geht hervor, daß in der russischen Bevölkerung ein allgemeiner Umschlag in der Stimmung gegenüber den Bolschewisten sich bemerkbar mache und daß der Bolschewismus immer mehr an Boden verliert. In ganz Rußland kam es wegen Mangels an Lebensmitteln zu Unruhen, selbst in Moskau haben so schwere Unruhen stattgefunden, daß Lenin erwägen soll, den Sitz seiner Regierung nach einem sicheren Ort zu verlegen. Es heißt, daß Lenin als zukünftigen Sitz seiner Regierung Tula ausersehen hat. Lenin selbst will nun unter dem Druck der Entwicklung der Dinge einen gemäßigteren Ton anschlagen und versucht eine Annäherung an die Menschewiken. Lenin veröffentlicht eine in sehr scharfem Tone gehaltene Proklamation, in der er sich gegen die Arbeiter wendet, die höhere Löhne verlangen, aber nicht daran denken, auch dafür zu arbeiten. Der frühere Oberbefehlshaber über alle Streitkräfte, Wassalis, und andere höhere Offiziere wurden auf Befehl Lenins verhaftet unter der Anschuldigung, eine Gegenrevolution gegen die Sowjetregierung angestiftet zu haben.

Entscheidende Niederlage Koltschaks.

Kopenhagen, 9. August. Politiken meldet aus Stockholm: Stockholms Dagbladed, das besonders gute russische Beziehungen hat, erfährt aus sicherer Quelle, daß die Bolschewisten Koltschaks Heer geschlagen haben. Dieses befindet sich in vollständiger Auflösung und hinter ihm brechen überall Bauernunruhen aus. Koltschak soll selbst den Alliierten mitgeteilt haben, daß seine Stellung hoffnungslos ist. Weiterhin veröffentlicht das Blatt eine New Yorker Meldung, wonach die amerikanischen Geschäftsleute die Blockade Rußlands als aufgehoben betrachten und die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen und die Absendung von Schiffen mit Waren nach Rußland vorbereiten.

Beendigung des amerikanischen Eisenbahnerstreiks?

Amsterdam, 11. August. Das Pressebüro Radio meldet aus Washington, daß ein Teil der streikenden Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten die Arbeit wieder aufnimmt, wahrscheinlich infolge eines Schreibens Wilsons an Hines, in dem er erklärt, daß er nichts unternehmen könne, bevor die Arbeiter ihren Führern folgen.

Amsterdam, 11. August. Die englischen Blätter vom 9. August bringen eine Reuter-Meldung aus Brooklyn, aus der hervorgeht, daß es dort im Zusammenhang mit dem Streik zu ernsten Zusammenstößen gekommen ist. Mehrere Personen wurden erschossen und eine Anzahl schwer verwundet.

WTB. **Amsterdam, 11. August.** (Drahtnachricht.) Laut „Telegraaf" meldet die „Times" aus Washington, daß sich die Lage in der amerikanischen Industrie dank der Entschlossenheit, mit der Wilson eingegriffen hat und weil die Bewegung unter den Arbeitern augenblicklich meist von den gemäßigten Elementen der Arbeiterschaft geführt zu werden scheint, wesentlich gebessert hat. In allen Eisenbahnwerkstätten beginnt der Streik abzuflauen. In New York ist zwischen den Schauspielern und den Theaterdirektoren noch keine Einigung erzielt worden. 10 der Haupttheater sind noch geschlossen

Der Aufstand gegen die Türkei.

Versailles, 11. Aug. Aus Konstantinopeler Quelle wird den französischen Blättern gemeldet, Mustapha Kemal Pascha sei Herr der Lage in Anatolien. Die gesamte Armee habe sich ihm angeschlossen. Die Lage werde für die türkische Regierung als außerordentlich kritisch angesehen.

Wilhelm wird geholt.

Genf, 11. August. Nach Pariser und Lyoner Blättern hat der Oberste Rat am Freitag seine Einwilligung zu dem Kaiserprozeß in England gegeben. In der gleichen Sitzung wurde dem Auslieferungsbegehren an Holland zugestimmt.

Streik in Oberschlesien.

Kattowitz, 11. August. Wie die Presseleitung des Staatskommissariats mitteilt, streiken heute 35—40 Prozent des gesamten oberschlesischen Reviers. Die Ausständigen fordern die Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter und erheben Einspruch gegen den Grenzschutz, gegen die Wiedereinstellung der von den Arbeitern entlassenen Beamten und gegen die Verhaftung mehrerer Obmänner.

Landarbeiterstreik in Schleswig.

Wie den P. P. N. gedrahtet wird ist in Kollub bei Flensburg ein Landarbeiterstreik ausgebrochen. Die Landarbeiter fordern Lohnerhöhung, die bisher nicht bewilligt worden ist. Man hofft im Wege der Verhandlungen zur Einigung mit den Arbeitern zu kommen.

Erfassung der verschobenen Vermögen.

Berlin, 12. Aug. Von neuem wird berichtet, daß internationale Verhandlungen für die Erfassung des nach den neutralen Ländern verschobenen deutschen und feindlichen Privatkapitals im Gange seien. Sie zielten darauf ab, die verschobenen Kapitalien zu beschlagnahmen. Es soll Verrechnung der auf diese Weise erfaßten Summen auf unsere Kriegsschuld stattfinden.

Die Demokraten für das Reichsnotopfer.

Weimar, 10. Aug. Die demokratische Fraktion der Nationalversammlung hat sich in mehreren Sitzungen mit der Vorlage über das Reichsnotopfer beschäftigt und sich mit dem Grundgedanken der Vorlage im wesentlichen einverstanden erklärt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190812-16/fragment/page=0002

Um Großthüringen. — Keine Abtretung preußischen Gebiets.

WTB. **Berlin, 11. August. Amtlich.** Am 9. August fand auf Einladung der preußischen Regierung in Weimar unter Vorsitz des Ministerpräsidenten eine Zusammenkunft von Vertretern derjenigen Gebietsteile statt, die nach dem von Thüringen geäußerten Wünschen im Falle der Bildung eines Freistaates Großthüringen für eine etwaige Vereinigung mit diesem Staate in Frage kommen könnten. Neben Vertretern mehrerer preußischer Ministerien waren anwesend Vertreter der Provinzialbehörden von Sachsen und Hessen-Nassau, Vertreter mehrerer wichtiger Städte, die Leiter einzelner Berufsvertretungen, Vertreter der Industrie und insbesondere auch Abgeordnete der verschiedensten Parteien aus den fraglichen Landesteilen. Zweck der Zusammenkunft war eine Aussprache zwischen der Regierung und den beteiligten Kreisen Preußens über die Haltung, die gegenüber den von Thüringen geäußerten Wünschen einzunehmen sein werde.

Sämtliche anwesenden Vertreter der beiden Provinzen sowie sämtliche anwesenden Abgeordneten von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken sprachen sich auf Grund ihrer Kenntnis der Stimmung der Bevölkerung ausnahmslos dahin aus, daß eine etwaige Abtrennung preußischen Gebiets den Wünschen der Bevölkerung nicht entspreche und daher unter keinen Umständen in Frage kommen könnte. Es bedarf keiner Darlegung, daß in einem Freistaat mit Preußen diese einmütige Haltung der in erster Linie beteiligten Staatsbürger bei der ferneren Stellungnahme der Regierung zur sogenannten Großthüringer Frage berücksichtigt werden muß.

Im übrigen ist die in die Presse gelangte Nachricht, daß Preußen seinen am 3. 6. d. Js. in der Landesversammlung dargelegten Standpunkt aufgegeben und sich mit der Ueberlassung von Staatsgebiet an Groß-Thüringen endgültig einverstanden erklärt habe, nicht zutreffend.

Noch keine Maßnahmen zur Auflösung des alten Heeres.

WTB. **Berlin, 11. August.** Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben: In der Presse sind Nachrichten über angeblich geplante Maßnahmen zur Auflösung des Restes des alten Heeres verbreitet worden. Die Nachrichten sind ohne Kenntnis der zuständigen Stellen gegeben, enthalten sachlich Unrichtiges, und eilen den Ereignissen voraus. Entschlüsse sind noch nicht gefaßt. In Kürze sind die endgültigen Anordnungen des Reichswehrministeriums zu erwarten.

Beginn der deutsch-polnischen Uebernahmeverhandlungen.

Berlin, 11. Aug. Heute nachmittag fand im Gebäude des ehemaligen Herrenhauses die Eröffnung der Verhandlungen zwischen der deutschen und der polnischen Regierung statt. Unterstaatssekretär von Haniel eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache, in der er darauf hinwies, daß die deutsche Regierung alles tun werde, um die Verhandlungen zu einem für beide Völker befriedigenden Ende zu führen. Ein Hauptwunsch des deutschen Volkes gehe dahin, daß unsere Volksgenossen, die künftighin Angehörige der polnischen Republik werden, dort als gleichberechtigte Bürger den Schutz ihrer kulturellen Güter genießen.

Der Vorsitzende der polnischen Delegation versicherte im Namen der polnischen Regierung, daß diese die Verhandlungen im Geiste aufrichtigen Verständigungswillens zu führen entschlossen sei. Jedenfalls werde sie die künftig dem polnischen Staat angehörenden Bürger deutscher Abstammung in loyaler Weise in jeder Beziehung als gleichberechtigte Mitbürger betrachten und behandeln. Der italienische General Romanenga erklärte, seitens der interalliierten Mission werde alles geschehen, um die Verhandlungen nach Möglichkeit zu unterstützen und zu fördern.

Vermögensverschiebung des Königs von Sachsen.

Auch ein Patriot.

Kopenhagen, 10. August. „Berlingske Tidende" meldet aus Malmö: Freitag vormittag wurde ein Wasserflugzeug, das aus einer Höhe von etwa 200 Metern zwei Pakete abwarf, gesichtet. Darauf verschwand es wieder über die Ostsee. Aus dem Innern des Landes, wo seit einiger Zeit ein deutscher Herr und eine deutsche Dame wohnten, wurden Signale an das Flugzeug erteilt, das sich nach ihnen richtete. Der Leuchtturmwächter von Trelleborg erstattete Anzeige hierüber. Das deutsche Paar wurde in Sösra Alby verhaftet und die beschlagnahmten Pakete nach Trelleborg geschafft, wo sich zeigte, daß sie außer echten Spitzen und Juwelenschmuckstücken Staatsobligationen über einen sehr hohen Betrag enthielten. Nach verschiedenen Ausflüchten gestanden die beiden Deutschen, die Pakete seien vom Prinzen Wied abgeworfen. Der Inhalt gehöre dem König von Sachsen.

Die Bewegung unter den Eisenbahnern.

Berlin, 11. August. Nach den gestrigen Besprechungen des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten mit dem Gewerkschaftsbund deutscher Eisenbahnarbeiter werden die bekannten Führer der neuen Streikbewegung Monne und Schütze von der Leitung der Erfurter Bezirkssleitung zurücktreten. Minister Oeser hat die Vorsitzenden der Eisenbahnfachverbände für morgen nachmittag zu einer Besprechung nach Berlin eingeladen, in der die Vorgänge der letzten Zeit erörtert werden sollen.

Ludendorff als Revolutionsgewinnler. Ludendorff läßt sein Buch über den Zusammenhang auch ins Englische und Französische übertragen. Er erhielt dafür nach englischen Meldungen die Kleinigkeit von 10 000 bis 12 000 Pfund Sterling, das macht bei den heutigen Währungsverhältnissen 700 000 bis 900 000 Mark. Es gibt doch nichts Rentableres als einen verlorenen Krieg!

Rücktritt des österreichischen Gesandten in Berlin. Der deutsch-österreichische Gesandte in Berlin, Dr. L. M. Hartmann, hat heute, nachdem er schon kürzlich dem Staatskanzler sein Amt zur Verfügung gestellt hatte, Dr. Renner mündlich seine Demission gegeben. Der Staatskanzler hat die Demission zur Kenntnis genommen und Hartmann gebeten, einstweilen die Geschäfte in Berlin fortzuführen. Auch der Rücktritt Hartmanns ist auf Machinationen der Entente zurückzuführen, die, wie vorher Otto Bauer, alle ihnen unliebsamen Politiker beseitigt wissen will.

Zwangskolonisation entlassener britischer Soldaten. Das englische Kriegsministerium wird nach einem Funkspruch den Antrag stellen, daß in den nächsten drei Jahren 36 000 demobilisierter britischer Soldaten mit ihren Familien nach Westaustralien gesandt werden.

Italien gegen den Kaiserprozeß. Aus der letzten Sitzung des Ausschusses der italienischen Kammer wird gemeldet, daß man sich fast einstimmig für die Ablehnung des Kaiserprozesses ausgesprochen habe. Die Ratifikation des Friedensvertrages soll nicht davon abhängig gemacht werden.

Die Steuervorlagen in der Nationalversammlung.

WTB. **Weimar,** 11. Aug. 76. Sitzung. Am Regierungstisch: **Erzberger** und **Schmidt.**

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung nach 10¼ Uhr.

Zur zweiten Beratung steht der

Entwurf eines Grundwechselsteuergesetzes.

§ 1 hat nach den Beschlüssen des Eisenausschusses folgende Fassung erhalten: Beim Uebergang des Eigentums an inländischen Grundstücken wird eine Grunderwerbssteuer erhoben. Dem Uebergang des Eigentums steht gleich der Erwerb von herrenlosen Grundstücken. Dieser Fassung entsprechend ist auch die Ueberschrift geändert worden. Entwurf eines Grunderwerbssteuergesetzes.

Abg. Sollmann (Soz.): Annehmbar ist uns der Entwurf nur unter der Bedingung, daß bei aller Rücksichtnahme auf die Finanznot des Reiches auch die Finanznot der Gemeinden nicht außer acht gelassen wird.

Abg. Henke (U. S.): Für uns wiegt das Bedenken, daß die Grunderwerbssteuer auf die Mieter abgewälzt werden wird, schwer genug, um das ganze Gesetz abzulehnen.

Abg. Waldstein (Dem.): Nach unserer Ueberzeugung wird das Gesetz eine außerordentliche Verminderung des Umsatzes und somit eine außerordentliche Verminderung aus dem Umsatzstempel mit sich bringen. Wir werden deshalb, um das Erträgnis der neuen Steuer einigermaßen sicherzustellen, dem von deutschnationaler Seite gestellten Antrag, den Steuersatz von vier auf drei Prozent zu ermäßigen, zustimmen.

Abg. Becker-Hessen (D. Vpt.): Wir stimmen dem Entwurf mit schwerem Herzen zu. Die ganze Steuergesetzgebung des Reiches bewirkt eine Erschwerung der Finanzgebarung der Gemeinden.

Abg. Baerecke (Dn. Vpt.): Die Kommissionsberatung hat eine Reihe von Erleichterungen und Verbesserungen gebracht, aber diesem Vorteil steht eine so große Reihe von Nachteilen gegenüber, daß wir uns nur schweren Herzens entschließen können, diesem Gesetz zuzustimmen. Dankbar würden wir für eine Erklärung sein, wie sich das Verhältnis dieser Steuer zu allen Steuern, zur Umsatzsteuer, Wertzuwachssteuer und Grundsteuer gestalten wird.

Geh. Regierungsrat Dr. **Popitz** erwidert, daß über diese Frage im Rahmen der Reichsabgaben-Ordnung zu verhandeln sein werde.

Der § 1 wurde sodann in der Fassung des Ausschusses angenommen und demgemäß auch die Ueberschrift in Entwurf eines Grunderwerbssteuergesetzes geändert.

Die §§ 2—6 werden ohne Debatte erledigt.

§ 7 behandelt die Fälle, in denen die Grundwechselsteuer nicht erhoben wird.

Dazu beantragen **Siehr, Waldstein** und Gen. (Dem.) eine Ermäßigung der Steuer bis zur Hälfte, wenn der steuerpflichtige Betrag bei bebauten Grundstücken 20 000 Mk. pro Jahr und bei unbebauten 5000 Mk. nicht übersteigt als § 7a. Damit wird zugleich die Beratung des § 20a und eines von dem Abgeordneten Dr. Becker-Hessen beantragten § 20b verbunden. Nach dem letzten kann die Steuerbehörde aus demselben Grunde, wenn der steuerpflichtige Betrag die genannte Höhe nicht überschreitet, die Steuer ermäßigen.

Reichsfinanzminister **Erzberger** führt u. a. aus: Die Anträge seien bei der Finanznot des Reiches abzulehnen. Wenn hier eine Kleinigkeit gestrichen würde, so müßten an anderer Stelle höhere Einnahmen bewilligt werden. Das

Reich braucht 25 Milliarden.

Wird bei der Umsatzsteuer etwas abgestrichen, so muß die Reichsertragsteuer erhöht werden. Ist die Rechte dazu bereit? Die Finanzgesetze müssen so, wie sie vorliegen, verabschiedet werden.

Nach langer Debatte ergibt die Abstimmung die Annahme des Paragraphen 7 und die Ablehnung der Paragraphen 7a (Antrag der Demokraten) und 20b (Antrag der D. Vpt.) Paragraph 20a wurde unverändert angenommen.

Paragraph 8 bestimmt, daß die Steuer auch erhoben wird, wenn bei inländischen Grundstücken, die im Besitz der toten Hand oder im Eigentum von Personen, Vereinigungen, Anstalten oder Stiftungen aller Art oder für diese im Eigentum einer natürlichen Person in treuen Händen stehen, 20 Jahre seit der Gründung oder dem Erwerbe oder dem letztmaligen Eingriff der Steuerpflicht nach diese Vorschrift verflossen sind.

Reichsfinanzminister **Erzberger** erklärt, daß eine Vorlage betreffend die einheitliche Regelung der

Besteuerung der toten Hand in der Ausarbeitung begriffen

ist und im Herbst an die Nationalversammlung gelangen wird.

Abg. **Waldstein** (Dem.) beantragt nach dieser Erklärung für das zweckmäßigste, den Paragraphen 8 aus dem Entwurf gänzlich zu streichen, da die Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes bis zum Herbst noch erträglich sein würde.

Reichsfinanzminister **Erzberger:** Paragraph 8 muß stehen bleiben, weil zwar die Vorarbeiten für die angekündigte Vorlage im Gange sind und diese selbst an das Haus gelangen wird, ich aber nicht weiß, ob sie das Haus auch verabschiedet.

In der Abstimmung wird die Streichung des Paragraphen 8 mit knapper Mehrheit abgelehnt. Paragraph 8 gelangt unverändert zur Annahme.

Paragraph 16 setzt die Steuer auf 4 Prozent fest. Ein Antrag der Deutschnationalen, der sie auf 3 Prozent ermäßigen will, wird vom Abg. **Baerecke** (Dnatl.) begründet.

Reichsfinanzminister Erzberger ersucht dringend um Ablehnung des deutschnationalen Antrages.

Paragraph 16 wird unverändert angenommen, ebenso die Paragraphen 17 bis 37.

Nach Paragraph 38 erhält vom Ertrag der Steuer

das Reich die Hälfte

über die Verwendung des anderen Teiles trifft die Landesregierung Bestimmung. Ein von der Kommission neu eingefügter Paragraph 38a bestimmt, daß den Gemeinden unter allen Umständen bis zum 31. März 1925 der bisherige Durchschnittsertrag der Steuer zugewiesen werden soll und zwar soll der Durchschnittsertrag nach dem Reineinkommen der letzten sechs Jahre festgesetzt werden. Paragraph 38 wird unverändert, Paragraph 38a in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung mit der Maßgabe angenommen, daß der Durchschnittsertrag nach dem Reineinkommen der letzten drei Jahre festgesetzt werden soll.

Die Paragraphen 39 und 40 werden unverändert angenommen. Bei Paragraph 40a (Ausführungs-Bestimmungen) sagte auf Anregung des Abg. **Panzer** Reichsfinanzminister **Erzberger** zu, daß bei Erlaß der Ausführungsbestimmungen der Städtetag zugezogen werden soll.

Zu Paragraph 41 (Uebergangs-Bestimmungen und Inkrafttreten des Gesetzes) beantragt Abg. **Siehr** (Dem.) die Streichung des Absatzes 4, der den Einzelstaaten und den Gemeinden die Möglichkeit gibt, in der Uebergangszeit gewisse Steuererleichterungen oder Befreiungen wieder zu beseitigen. Absatz 4 wird gestrichen.

Damit ist das Grunderwerbsteuer-Gesetz erledigt.

Die Weiterberatung wird auf Nachmittag 4 Uhr vertagt. (Schluß nach 2 Uhr.)

*

Nachmittagssitzung.

Das Haus tritt in die zweite Beratung des Entwurfs eines Tabaksteuergesetzes ein.

Abg. **Wetzlich** (D. Natl.): Wir haben gegen das Gesetz ernsthafte Bedenken, da es die Existenzmöglichkeit des Tabakgewerbes gefährdet.

Abg. **Schlüter** (Soz.): Dieses Gesetz ist nicht leichtfertig zustande gekommen, sondern von der Industrie und den Gewerkschaften mitgeholt und ausgearbeitet (Beifall.) Die Vorlage bedeutet allerdings eine

sehr starke Belastung der Tabakindustrie,

sie geht an das alleräußerste dessen, was geschehen darf, wenn die Industrie lebensfähig bleiben soll. Die Prüfung der Monopolfrage hat uns gezeigt, daß für die Verstaatlichung der Zigarrenindustrie noch jede Grundlage fehlt. Anders liegen die Verhältnisse bei der Zigarettenindustrie, weil diese überwiegend Maschinenarbeit hat und gelernte Arbeiter nicht in dem Umfang, wie die Zigarrenindustrie benötigt.

Die Verstaatlichung würde uns viele Jahre kein Geld bringen,

sondern Zuschüsse aufnötigen. Die Banderole liegt somit im Interesse der Konsumenten wie in dem der Arbeiter. Sie schützt den Konsumenten vor Uebervorteilung und eröffnet für den Arbeiter den Weg zu Tarifverträgen, da sie die Kontrolle der Fabriken möglich macht. Die Markenbildung haben wir ausgeschlossen durch Einführung der Anonymität der Banderole. Das Tabakgewerbe hat sich zu dem Opfer, das ihm die Vorlage auferlegt, bereitgefunden, um seinen Teil zur Hebung der Notlage des Reiches beizutragen. Meine Partei behält sich die endgültige Stellungnahme zu dem Entwurf bis zur dritten Lesung vor. Wir machen sie von der Gestaltung der Besitzsteuer abhängig. (Lebhafter Beifall b. d. Sozialdemokraten.)

Abg. **Acken** (Ztr.): Die Belastungsfähigkeit des Tabaks wird schwer, aber nicht unerträglich in Anspruch genommen. Wir sind nicht grundsätzlich gegen ein Monopol, hier treffen aber namentlich angesichts der Zeitverhältnisse die Voraussetzungen für ein solches nicht zu.

Abg. **Kemppes** (D. Vpt.): Die Sätze der Vorlage sind zweifellos sehr hoch, aber sie gehen nicht über das Maß dessen hinaus, was die Industrie ertragen kann.

Abg. **Raute** (U. S.): Noch

bei jeder Steuerreform hat besonders der Tabak bluten müssen.

Keine Industrie hat so rücksichtslose Behandlung zu erdulden gehabt, wie die Tabakindustrie. Es wäre richtiger, die Zigarrenindustrie zu verstaatlichen, gerade jetzt ist dafür der günstigste Moment. Die Folge der Banderole wird nicht eine offizielle, wohl aber eine private Monopolisierung einzelner Großfabriken sein, wie es jetzt für die Zigaretten schon besteht. Wir lehnen die Vorlage ab, bitten aber auch die Entschließung abzulehnen, die von deutschnationaler Seite beantragt ist und die Aufhebung der Beschlagnahme des inländischen Rohtabaks fordert.

Abg. **Ruschke** (Dem.): Wir erkennen an, daß die gegenwärtige Tabaksteuervorlage eine

außerordentlich schwere Belastung der Industrie

darstellt, auch daß sie einen gewissen Sprung ins Dunkle bedeutet. Die Industrie ist bereit, um auch ihrerseits Opfermut zu beweisen, auf den Boden der Vorlage zu treten. Dieses Entgegenkommen der Industrie wird die Regierung in den Ausführungsbestimmungen anmerken müssen. Im übrigen ist meine Fraktion bereit, unter dem Druck der Zeit und Not indirekte Steuern zu bewilligen. Genugtuung begrüßen, wir, daß die Sozialdemokratie selbst für die weit verzweigte Tabakindustrie ein Monopol nicht für angezeigt und möglich hält. Außerordentlich trübe haben sich für den Tabakhandel die Verhältnisse

durch den Schmuggel im Westen

gestaltet. Hier sollte energisch durchgegriffen werden. Der Herr Reichsfinanzminister hat im Ausschuß erklärt, daß die Einführung eines Kleinhandelmonopols nicht in Aussicht genommen sei, er hat aber in früheren Auslassungen Wendungen gebraucht, die die in weiten Kreisen des Handels entstandene Beunruhigung durchaus verständlich erscheinen lassen. Ich würde es daher begrüßen, wenn die Regierung noch einmal eine strikte Absage gegen diesen Plan hier aussprechen möchte. (Beifall.) Im übrigen ist meine Fraktion bereit, unter dem Druck der Zeit und Not indirekte Steuern zu bewilligen.

Geh Regierungsrat **Saemisch** tritt für die Banderolesteuer ein und sagt für die Ausarbeitung der Ausführungs-Bestimmungen, insbesondere des § 5, die möglichste Berücksichtigung der Interessen des Handels zu.

Damit schließt die Besprechung.

Vor der Abstimmung über § 1 wird ein Kompromißantrag Dr. **Blunk** (Dem.) und Genossen angenommen, im ganzen Gesetz den Ausdruck „Reichsminister der Finanzen" durch „Reichsfinanzministerium" zu ersetzen, und die Bezeichnung „Staatenausschuß" durch die Bezeichnung „Reichsrat" zu ersetzen.

Paragraph 1 wird hiernach unverändert angenommen, ebenso § 2.

Paragraph 3 handelt von der Verwendung und Besteuerung von Tabakersatzstoffen und bestimmt u. a., daß Tabakersatzstoff nur nach näherer Bestimmung des Reichsfinanzministeriums verwendet werden dürfen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190812-16/fragment/page=0003

Abg. Dr. Philipp (D. N.) begründet einen Antrag statt „Reichsfinanzministerium" zu sagen „Reichsrat". Die Gründe, warum wir das Reichsfinanzministerium bez. den Reichsfinanzminister ausmärzen wollen, sind durchaus nicht persönlicher Natur, wir halten es aber für bedenklich, einem einzelnen Reichsminister eine so weitgehende Vollmacht zu geben, solange wir im deutschen Reiche noch einen Bundesstaat haben.

Abg. Dr. Blunk (Dem.): Ich glaube, die Herren (zu den Deutschnationalen) schießen mit Kanonen nach Spatzen. Wir haben doch gerade unabhängige Reichsminister geschaffen, um nicht den Reichsrat mit allen möglichen Kleinigkeiten zu belasten, und um eine solche handelt es sich hier. Namens meiner politischen Freunde, bitte ich dem § 3 einen neuen Absatz hinzufügen, wonach jede aus Tabakersatzstoff hergestellte Zigarre den Ausdruck „Ersatzstoff" und jede aus Tabak unter Mitverwendung von Ersatzstoffen hergestellte Zigarette den Ausdruck „Mischware" zu tragen hat.

Damit schließt die Besprechung.

Der deutschnationale Antrag wird abgelehnt, der Antrag Dr. Blunk (Dem.) wird angenommen und mit dieser Aenderung der ganze § 3, ebenso der § 4.

Paragraph 5 behandelt die Steuertarife.

Abg. Arnstadt (D. N.) begründet diesen Antrag seiner Partei mit niedrigeren Tarifen für Zigarren und höheren für Zigaretten, ferner für niedrigere Besteuerung des Rauchtabaks.

Abg. Stock (Soz.): Die in dem Entwurf enthaltenen Vorschläge sind das Ergebnis einer sehr verwickelten Arbeit; wenn einzelne Teile wie die Deutschnationalen wollen, geändert werden, wird das Ganze auseinandergerissen.

Unter Ablehnung sämtlicher Abänderungsanträge wird darnach § 5 in der Ausschußfassung mit großer Mehrheit angenommen.

Das Gesetz wird darauf ohne weitere Debatte angenommen.

Präsident Fehrenbach schlägt vor, die Verhandlungen auf morgen nachmittag 3 Uhr zu vertagen, um den Rest der heutigen Tagesordnung unter Einfügung des Umsatzsteuergesetzes zu erledigen.

Zur Geschäftsordnung bemerkt Abg. Dr. Schiele (D. N.): Seine Partei erhebe Einspruch gegen die Verkoppelung. Die Kreditvorlage und die Umsatzsteuer müssen bei der Wichtigkeit der Materie einen besonderen Punkt der Tagesordnung bilden, höchstens liebe sich letzteres mit der Beratung des Reichsnotopfers verbinden.

Abg. Schiffer (Dem.): Daß umfangreiche Gesetze kommen würden, war bekannt, und ebenso daß diese Gesetze rasch erledigt werden müssen. Ohne gemeinsame Beratungen sind auch Wiederholungen unvermeidlich.

Abg. Loebe (Soz.): Wir bitten doch, die Umsatzsteuer morgen abzusetzen, nicht wegen des Umfanges des Gesetzes, der uns nicht überrascht, sondern wegen seines Inhalts. Es behandelt die indirekten Steuern und deshalb können wir es nicht beraten, ehe nicht zuerst die direkten Steuern, die wir erwarten, nämlich das Einkommensteuergesetz erledigt ist.

Nach weiterer Geschäftsordnungsdebatte wird darüber abgestimmt, ob die Umsatzsteuervorlage auf die morgige Tagesordnung gesetzt werden soll oder nicht. Die Abstimmung, für die ein Hammelsprung erfolgen muß, ergab die Beschlußunfähigkeit des Hauses.

Nächste Sitzung Dienstag nachmittags 3 Uhr.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Max Sandewig, für den Anzeigenteil: Rudolf Kochanski beide in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle Gr. Ulrichstraße 27.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Bekanntmachung.

Von Mittwoch, den 13. August, ab bis auf weiteres erfolgt die Gasabgabe abends von 7—11½ Uhr. Die übrigen Gasabgabezeiten bleiben unverändert, und zwar vormittags von 8—8 Uhr und mittags von 11—1 Uhr.

Während der Sperrzeiten darf Gas dem Rohrnetz nicht entnommen werden. Es wird wiederholt und dringend empfohlen, die Gasbähne während der Sperrzeiten geschlossen zu halten und auch den Versuch zu unterlassen, Gas zu entnehmen. Im andern Falle besteht die Gefahr, daß offenbleibende Hähne spätere Gasausströmungen und Explosionen verursachen, andererseits wird die Gasversorgung dadurch gestört, daß durch offene Hähne Luft in das Rohrnetz eindringt.

Beim Wiederanzünden beobachte man die Flammen einige Zeit. Es kommt vor, daß sie infolge einer in der Rohrleitung entstretenen Luftblase nochmals verlöschen.

Halle, den 12. August 1919.

Der Vertrauensmann des Reichs-Kommissars für die Kohlenverteilung (Abt. Gas und Wasser).

Lebensmittel-Kalender.

Kartoffelverkauf. Der Verkauf der für diese Woche festgesetzten Kartoffelmenge hat bis einschl. Donnerstag, den 14. August, zu erfolgen. Die abgetrennten Abschnitte sind bis spätestens Freitag abzuliefern. Eine Nachlieferung von Kartoffeln am Freitag und Sonnabend findet nicht statt.

Knackwurst aus Roßfleisch. Am Mittwoch können die bei den Roßfleischhändlern: Thurm, Reilstr. 10, Thurm, Glaucha Straße 78, Jaubiker, Steinweg 52, Meinrich, Böllberger Weg 30, Luandt, Lange Straße 21, zum Roßfleischbezug angemeldeten Personen 250 Gramm leicht geräucherte Knackwurst aus Roßfleisch entnehmen. Der Verkauf darf nur nach den Nummern der Kundenliste erfolgen. Die Roßfleischhändler sind verpflichtet, in den Schaufenstern bekannt zu geben, welche Nummern in den einzelnen Stunden zum Einkauf zugelassen werden. Ein Anspruch auf Verabfolgung der Wurst besteht nicht, dieselbe kann nur soweit abgegeben werden, als der Vorrat reicht. Der Kleinhandelsverkaufspreis beträgt für 500 Gramm 5 Mark.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule am Mittwoch, den 13. August. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 4001—5500 vorm. von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 5501—8000 nachm. von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 60 Gramm zum Preise von 25 Pf. abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Mittwoch, den 13. August, auf den Abschnitt 14 für die eingetragenen Kunden bei dem Milchhändler Hopfeld, Streib str. 29, Milchhändlerin Pötschke, Mielandstr. 30, und Milchhändlerin Marg. Vorwell, Brandenburger Str. 10. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund abgegeben. Der Preis für ½ Pfund Quark beträgt 70 Pf. Die abgetrennten Abschnitte sind bis 16. August 1919 abzuliefern.

Marmelade. Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915 wird der Verkauf von Marmelade wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am Mittwoch, den 13. August. Für jede Person eines Haushalts wird ½ Pfund abgegeben. Der Verkaufspreis beträgt 130 Pf. für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Marmelade einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind. Der Verkauf erfolgt unter Abtrennung der Marke 378 des Warenbezugscheines 24. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadtlebensmittelamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß (Saal links), binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915.

Städtischer Verkauf von Kakao an Jugendliche von 12 bis 17 Jahren und an alte Leute über 70 Jahre am Mittwoch in der Talamtschule. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 1—10 000 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 10 001—19 500 nachm. von 2—6 Uhr. Auf jeden Abschnitt P der besonderen Bezugsscheine für Jugendliche von 12—17 Jahren und alte Leute über 70 Jahre können 55 Gramm zum Preise von 1 Mark abgegeben werden. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Fischversorgung. Der Reichskommissar für Fischversorgung teilt folgendes mit: „Infolge reichlicher Zufuhren wird die Inlandsbewirtschaftung mit Wirkung vom 4. August 1919 aufgehoben. Die Einfuhrbewirtschaftung bleibt unverändert bestehen, insbesondere bleiben die Einfuhrverordnungen in Kraft."

Reis und Haferflocken. Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, bei den von ihnen gewählten Großfirmen den in dieser Woche zum Verkauf gelangenden Reis und Haferflocken am Mittwoch, den 13., und am Donnerstag, den 14. Aug. abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Amtliche Bekanntmachungen für Weißenfels.

Käseverkauf.

Von heute mittag 12 Uhr ab findet in nachstehenden Geschäften gegen Abgabe der 14. Margarinemarke Verkauf von Käse statt.

Auf jede Marke werden 150 Gramm zum Preise von 70 Pfg. verabfolgt.

Reichardt, Saalstraße, Nr. 16 661—17 660.
Naupold, Markt, Nr. 17 661—18 660.
Konsumverein, Schillerstraße, Nr. 18 661—19 660.

Der Verkauf findet bis 13. d. M. abends statt.

Weißenfels, den 12 August 1919.

Der Magistrat.

Quarkverkauf.

Von heute mittag 1 Uhr ab findet in nachstehend aufgeführten Geschäften gegen Abgabe der 15. Margarinemarke Verkauf von Speisequark statt. Auf jede Marke werden 200 Gramm zum Preise von 56 Pfg. abgegeben.

Hampe, Tagewerbener Straße, auf die Nrn. 11 951—12 950.

Die Abholung hat bis zum 13. August 12 Uhr mittags zu erfolgen.

Amtliche Bekanntmachungen für Bitterfeld.

Zucker- und Kreislebensmittelkarten.

Die Ausgabe der Zuckerkarten für Monat August, sowie der neuen Kreislebensmittelkarten erfolgt am Mittwoch, den 13. August d. J. für die Straßen mit Anfangsbuchstaben A—K, Donnerstag, den 14. August d. J., für die Straßen L—Z in Dörings Konzerthaus, in der Zeit von 8 bis 2 Uhr.

Gegen Vorlegen des Brotscheins.

Anschulpflichtige Kinder werden die Karten nicht verabfolgt.

Bitterfeld, den 11 August 1919.

Der Magistrat. Richter

Walhalla-Operetten-Theater.
Operetten-Gastspiele. Dir.: Felix Meinhardt.
Abends 7½ Uhr.
Heute Dienstag und morgen Mittwoch die letzten Aufführungen:
„Die die Keine."
Donnerstag, den 14. u. Freitag, den 15. August, abends 7½ Uhr
nur zwei Wiederholungen auf vielfachen Wunsch:
„Ihre Hoheit die Tänzerin."
Ab Sonnabend, den 16. August, pünktlich abends 7½ Uhr:
Das grosse soziale Drama
„Das Gesetz"
von Paul Bader
mit ersten Berliner und Leipziger Künstlern in den Hauptrollen.
In Szene gesetzt von Direktor Felix Meinhardt.
Der Vorverkauf für alle Vorstellungen ist geöffnet.

Thalia-Theater
Kein Kino! Anfang 8 Uhr. Kein Kino!
Großer Erfolg des vierteiligen Schauspiels:
„Verlorene Töchter"
Zur Aufklärung, Belehrung und Warnung für alle deutschen Frauen und Mädchen.
Jugendliche unter 16 Jahren kein Zutritt.
Vorverkauf: Zigarren-Geschäfte Nowack & Schmidt, Geiststraße 22, Hellstraße, Große Ulrichstr., Ecke Alte Promenade, Max Schatz, Gr. Ulrichstr., Ecke Gr. Steinstr.
Voranzeige: Sonnab. 17. August, nachm. 3½ Uhr:
Wohltätigkeits-Vorstellung zum Besten der heimkehrenden Kriegsgefangenen 5628
„Verlorene Töchter".

Konsumverein für Weissenfels-Naumburg und Umgegend
e. G. m. b. H.
Brennholz (Fichtenscheitholz)
geben wir von unserm Zentrallager, Schillerstr. 6, sofort ab. — Wir empfehlen ferner:
Wurstkonserven aus Heeresbeständen
in allen Preislagen. — Folgende
Spirituosen aus Heeresbeständen
geben wir an Jedermann, also auch an Nichtmitglieder, zu allen unseren Filialen zu festgesetzten Preisen ab:

Kognak	Liter-Flasche	Mk. 28.25
Rum-Verschnitt	„	„ 31.—
Doppelkorn	„	„ 21.—
Wacholder	„	„ 28.—
Steinhäger	„	„ 26.—

Der Vorstand.

Merseburg.
Sozialdemokr. Verein (alte Partei).
Mittwoch, den 13. August, 7½ Uhr abends im „Tivoli"
außerordentliche Mitgliederversammlung.
Bericht von der Bezirkskonferenz.
Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend erforderlich.
Die Distriktsleitung.

Die Glocke
Sozialistisch. Wochenschau
Heft 50 Pf., im Abonnemen. vierteljährl. 6.— Mk., empfiehlt die
Buchhand. g. Volksstimme
Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr.

Achtung! Für Brautleute u. junge Mädchen. Versuche preiswn. mehrere neue sowie gebr. Blusen u. Röcke (da zu eng), modern. Sommermantel, neu. schw. Hut, sandfarb. mod. Taffthut, neues Mussetinkleid, neue Hallschuhe, Nr. 38 u. 40, neue und alte Gardinen, Kellnerfrack, Taftumhang für ältere Dame, mittl. Figur und Leibwäsche. 5631
Dessauerstr. 15, II. r.

Stadt-Theater
Dienstag, d. 12. Aug. 19, Anf. 7½, End. 10 Uhr:
Johannisfeuer.
Mittwoch, d. 13. August, Anf. 7, Ende 10¼ Uhr:
Lohengrin.
Donnerstag, 14. August, Anf. 7½, Ed. 10¼ Uhr:
Der Erbförster.

Bad Wittekind.
Mittwoch, d. 13. August 19, abends 8 Uhr:
Extra-Konzert
von der Kapelle des Füsil.-Regts. Nr. 36.
Leitung: Kapellmeister O. Haupt.
Eintrittspreise: Erwachsene 75 Pfg. Kinder 40 „
Nachzahl. f. Abonnenten: Erwachsene 50 Pfg. Kinder 25 „

Reparaturen an 5534
Uhren
übernimmt bei solider Ausführung zu normalen Preisen
Kurt Unger, Uhrmacher.
Gr. Steinstr. 85
(gegenüber Barfüßerstr.).

Apollo-Theater
Täglich abends 8 Uhr:
„Grigri".
Operette v. W. Binke. „Grigri" . . . H. Jenewein.
Vorverk. 9 u. 5 Uhr.

Hippodrom Wintergarten,
Magdeburgerstr. 66.
Direktion: Georg Arndt.
Am Donnerstag von 7 Uhr abends ab
Hausball.
Täglich im Garten ab 4 Uhr nachmittags
Gr. Reit- u. Sportfest.

Buchhandlung der Volksstimme
Fernsprecher 5407 **HALLE** Gr. Ulrichstraße 27
Empfehlenswerte Schriften belehrenden und unterhaltenden Charakters:
Die Gleichheit Zeitschrift zur Verfechtung der Interessen der schaffenden Frau. Einzelnummer . . . . . 30 Pf.
In freien Stunden Wochenschrift, enthaltend spannende Romane und interessante Erzählungen für jede Arbeiterfamilie. Wöchentlich eine Nummer zum Preise von . . . . . 20 Pf.
Der Wahre Jacob Illustrierte politisch-satirische Wochenschrift, die einzelne Nummer . . . . . 20 Pf.
Berliner Illustrierte Zeitung Einzelnummer . . . . . 25 Pf.
Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek herausgegeben unter Leitung von Dr. med. Zadek. Ca 50 verschiedene Bändchen . . . . . à 20 Pf.
Für die Schneiderei:
Modenzeitung · Frauenzeitung · Praktische Damenmode · Hausschneiderei · Sonntagszeitung · Deutsche Modenzeitung
— Bestellungen nehmen unsere Austräger entgegen. —

Gummi Waren
Bandagen
Verbandstoffe
Damenbinden
Krankenbedarfsartikel
kaufen Sie in der Gr. Ulrichstr. 63 bei 5634
W. H. Fritz Speer,
gegenüber Arnold & Troitzsch. — Telephon 4599.

Stellen finden.

Maurer und Zimmerleute
für Baustelle Wollen bei Bitterfeld werden eingestellt.
Carl Lingenloeben, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190812-16/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, 12. August 1919.

Auf zur Mitgliederversammlung!

Genossen und Genossinnen, heute abend 7½ Uhr findet im großen Saale des „Nikolaus" unsere fällige Generalversammlung statt. Es steht eine außerordentlich wichtige Tagesordnung zur Debatte und alle Genossen und Genossinnen müssen deshalb zahlreich und pünktlich zu dieser äußerst wichtigen Versammlung erscheinen. Das Nähere ist aus dem Zeitungsinserat zu ersehen.

Ferienende.

Vorbei sind goldene Stunden. Der graue Alltag zwingt wieder jung und alt in seinen Bann. Weit her aus allen Gegenden des Reiches, vom Meer und Bergestrande sammeln sich alle die wieder zu engem Vereine, die ihre Ferien, die Freizeit von all n Tageslasten, in ungezwungener Freiheit in herrlicher Natur verlebten. Blühende Gestalten strömen wieder durch das Tor der Stadt, den Bahnhof, in deren enge Mauern. Wenn es auch schwer wurde, sich von dem schönen, ungebundenen Treiben zu trennen, daß weit ab von rauchenden Fabrikschornsteinen sich abspielte, so sind dies doch die Glücklichen in unserer Gesellschaft. Die größere Masse unserer kleinen Stadtbürger und -bürgerinnen konnten sich nicht aus dem Bereich der Großstadtluft stehlen. Die Mauern großer Mietskasernen halten diese doch so sonnedürstenden Menschenblüten, auch in den Stunden ihres Freiseins vom äußeren Zwange, fest. Auf denen lastet immer Zwang, der umgleich stärker ist, als die Schuflast, die soziale Lage, ihre Umgebung. Für sie rauschen nicht unermeßliche Wälder, rauscht nicht das ewige plätschernde Meer. Diese Kinder bauten sich Burgen auf Schutt- und Müllhaufen hinter irgend einem häßlichen Bretterzaune. Und doch spürten auch sie einen Hauch der Freiheit, sie waren vier Wochen frei und das Schulhaus sahen sie nur von fern. Voll neuer Tatenlust schreiten heute die kleinen Lebenskämpfer über die Schulschwelle und bald wird für viele Ferienzeit nur seliges Erinnern sein. Die Zeit geht ihren Gang und dämpft auch die heißesten Wünsche kleiner Kinderherzen. Vielleicht kommt auch noch einmal die Zeit, wo Arbeiterkinder mit ihren Eltern zur Ferienzeit dorthin reisen können, wo Berg, Wald und Heide den Himmel küssen, oder wo das Meer ewig brandet.

* **Die Notwendigkeit des Ernteschutzes.** Wie notwendig eine systematische Durchführung des Ernteschutzes im Interesse der Sicherstellung unserer Ernte ist, zeigen die täglich sich in der Presse wiederholenden Meldungen über Felddiebstähle. Daß es sich dabei nicht immer nur um „harmlose Leutchen" handelt, die gelegentlich eine „Handvoll" Futter oder ein „Körbchen" Kartoffeln holen, sondern daß diese Diebstähle teilweise den Charakter von Bandendiebstählen und anscheinend organisierten Plünderungen haben, zeigt schlagend folgender Vorfall, der zugleich die Notwendigkeit der Entsendung von Landesjägerkommandos auf das Land zum Schutze der Ernte beweist. In der Nacht vom 8. zum 9. August gegen 12 Uhr 30 morgens unternahm ein unter Führung eines Offiziers stehendes Kommando von 7 Landesjägern eine Streife im Bezirke der Gutsverwaltung Beuchlitz. Veranlassung zu der Streife waren die in diesem Bezirke ständig zunehmenden Plünderungen, in deren Verlaufe von den Dieben mehrere Morgen Gerste, Roggen und Erbsen förmlich abgeerntet wurden. Auf der Streife stieß die Patrouille auf eine Plündererbande von ca. 25 Mann, aus deren Reihen ihr zugerufen wurde: „Halt! Stehenbleiben! Wer weiter geht wird erschossen!" und gleichzeitig wurde von den Plünderern gegen die Landesjäger ein lebhaftes Gewehrfeuer eröffnet. Es entspann sich ein förmliches Feuergefecht, in dessen Verlauf es der Patrouille gelang, die Plünderer zu zerstreuen. Bei der Verfolgung wurden zwei Männer festgenommen, die beide mit Pistole und Karabiner bewaffnet waren. Den Plünderern wurden mehrere Zentner gedroschene Erbsen abgenommen und sie selbst dem Gendarmerie-Kommando in Nietleben übergeben.

* **Hilfswerk zur Unterbringung von erholungsbedürftigen und kranken deutschen Kindern in der Schweiz.** Ueber die Reise und die Unterbringung der Kinder des am 28. Juli früh ½5 Uhr abgegangenen ersten Kindertransports sei nach den bisher vorliegenden Berichten der begleitenden Damen Folgendes mitgeteilt: Auf der Fahrt wurden die Kinder in Bebra mit Kaffee, in Frankfurt und Offenburg mit Suppe und in Basel wo der Extrazug am 29. Juli morgens 8 Uhr ankam, mit Schokolade und Brot versorgt. In Basel trennten sich bereits die einzelnen Abteilungen. Die eine reiste nach Gersau am Vierwaldstätter See, wo sie nach einer Seefahrt im Hotel Pelleoue untergebracht wurde, eine zweite fuhr nach dem schweizerischen Rheintal und hauptsächlich nach Davos, wo sie, von einer jubelnden Menschenmenge empfangen, um 11 Uhr abends anlangte. Hier wohnen die Kinder teils in einzelnen Familien, teils in Gesundheitsheimen (Sanatorien) usw. Eine dritte große Abteilung reiste nach Zürich. Ueberall nimmt man sich, wie übereinstimmend berichtet wird, der Kinder mit großer Liebe an und schon bei der Ankunft „jubelten sie laut über die Bratwürste, die gute kräftige Suppe und die Hörnli, die Milch usw, die sie zum Empfang bekamen." Sie fühlen sich alle sehr wohl und erholen sich teilweise zusehends," berichtet eine der Begleiterinnen mit Befriedigung. Mehrfach werden sie mit Kleidungsstücken, Büchern und Spielsachen beglückt. Um die einzeln untergebrachten Kinder bekümmern sich außer den Pflegeeltern zum Teil auch von der Hilfsaktion für deutsche Ferienkinder in Zürich" beauftragte Damen. Die Begleiterinnen glauben die Eltern versichern zu können, daß ihre Kinder gut aufgehoben sind. Erfreut wurden wir durch eine jetzt eingetroffene besondere Anerkennung des artigen und bescheidenen Verhaltens gerade unserer Kinder.

* **Friedenseife und Volksgesundheit.** In einigen Wochen wird die erste Friedenseife wieder verteilt werden. Dieses Ereignis ist wichtiger als man im allgemeinen annimmt. Der Ausspruch, daß der Seifenverbrauch ein Gradmesser für die Höhe der Kultur sei, hat im Kriege seine Bestätigung gefunden. Gerade das proletarische Volk hat unter dem Mangel an guter Seife sehr gelitten, denn bei andern haben sich ja auch weiter Friedenseife geleistet. Besonders traurig ist es, daß das Kindbettfieber infolge des Seifenmangels eine bedeutende Steigerung erfahren hat. Auch die ansteckenden Krankheiten konnten sich in erhöhtem Maße verbreiten, da die Menschen durch den Seifenmangel in ihrer Widerstandsfähigkeit herabgesetzt waren. Wie die Denkschrift des Reichsgesundheitsamtes über die Schädigung der deutschen Volkskraft durch die Blockade, die jetzt erschienen ist, ausgeführt, haben auch besonders die Hauttrankheiten sehr zugenommen, wie Krätze, Bartflechte, Furunkulose. Somit ist das Wiedererscheinen der Seife für das Proletariat von größtem gesundheitlichem Wert.

* **Stellenvermittlung für Kriegsbeschädigte durch die öffentlichen Arbeitsnachweise.** Im zweiten Vierteljahr 1919 wurden von den öffentlichen Arbeitsnachweisen in der Provinz Sachsen und im Freistaat Anhalt insgesamt 1171 Kriegsbeschädigte vermittelt, darunter 509 Schwerbeschädigte. 531 wurden im alten Beruf untergebracht, während 640 sich einem neuen Beruf zuwenden mußten. Die Zahl der Stellungsuchenden belief sich im zweiten Vierteljahr auf 2019 von denen indes nur ein Teil stellungslos war. 3. Zt. sind bei den öffent. Arbeitsnachweisen etwa 750 stellungsuchende Kriegsbeschädigte gemeldet; durch die im Gang befindliche Auflösung des alten Heeres steigt ihre Zahl noch dauernd. Anmeldungen von offenen Stellen für Kriegsbeschädigte nehmen die öffent. Arbeitsnachweise, sowie der Arbeitsnachweisverband Sachsen-Anhalt, Magdeburg, Breite Weg 246 III, jederzeit dankbar entgegen. Der Verband gibt einen besonderen, wöchentlich erscheinenden Stellenanzeiger für Kriegsbeschädigte heraus, der dauernd zahlreiche Stellengesuche von Kriegsbeschädigten aller Berufe enthält und von Behörden und Betrieben zum Preise von 15 Mk. pro Jahr bezogen werden kann. Offene Stellen werden kostenlos aufgenommen.

* **Der Verkehr mit den besetzten Gebieten.** Nach den vom britischen Militär-Gouverneur in Köln am 22. Juli erlassenen neuen „Bestimmungen über den Postverkehr in den von den britischen Truppen besetzten deutschen Gebieten" sind hauptsächlich folgende Aenderungen im Brief- und Paketverkehr mit der britischen Besatzungszone eingeführt worden: 1. Die Angabe des Namens und der Wohnung des Absenders auf den Brief- und Paketsendungen wird nicht mehr verlangt; 2. der Briefwechsel in Privatangelegenheiten ist allgemein ohne jede Beschränkung gestattet; 3. Einschreibebriefe aus der britischen Zone dürfen Platin, Gold, Silber, gemünztes und ungemünztes Geld und ausländische Wertpapiere nicht enthalten; 4. Wertbriefe und Wertpakete dürfen nicht enthalten: a) aus der britischen Zone: Platin, Gold, Silber, gemünztes und ungemünztes Gold, ausländische Wertpapiere und alle Gegenstände, die in gewöhnlichen Paketen nicht ausgeführt werden dürfen; b) nach der britischen Zone: Waffen, Munition oder anderes Kriegsmaterial. Im Verkehr mit der französischen Besatzungszone (ausschließlich Brückenkopfgebiet von Kehl) sind die Vorschriften für Pakete wie folgt abgeändert worden: Die Einfuhr und Ausfuhr von Waffen, Munition und von für den Krieg besonders hergestellten Gegenständen ist verboten. Aus dem besetzten Gebiet dürfen Farbstoffe, Arzneiwaren, Platin, gemünztes und ungemünztes Gold und Silber sowie ausländische Wertpapiere nur mit besonderer Genehmigung des Interalliierten Ausschusses für die Rheinlande ausgeführt werden. Die Ausfuhr anderer Waren ist keiner Beschränkung unterworfen. Die Ausfuhr der im besetzten Gebiet erscheinenden Zeitungen kann auch in Postpaketen erfolgen. Verboten ist es, in das besetzte Gebiet politische Zeitungen und Broschüren einzuführen; Zeitungen und Broschüren sind auch als Verpackungsstoff unzulässig. Die Einfuhr von Fachzeitschriften ist von der besonderen Genehmigung der Verwaltung der Rheinlande (Sitz in Koblenz) abhängig. Sonst sind zur Einfuhr ohne besondere Genehmigung, jedoch nur an Buchhandlungen durch Vermittlung der Bürgermeistereien, Schul- und Wörterbücher und wissenschaftliche Werke sowie Bücher, die vor dem 1. August 1914 gedruckt sind zugelassen. Die Einfuhr anderer Waren in das besetzte Gebiet ist keiner Beschränkung unterworfen. Ein Merkblatt über den Post-, Telegramm- und Fernsprechverkehr zwischen dem unbesetzten Deutschland und den von besetzten und Truppen besetzten deutschen Gebieten kann zum Preise von 20 Pf. für ein Stück von den Postanstalten bezogen werden.

* **Der Briefpostverkehr mit dem Auslande wieder in geregelten Bahnen.** Nach fast allen Ländern können jetzt endlich wieder gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen jeder Art geschäftlichen und privaten Inhalts auf Gefahr des Absenders an den Postanstalten angenommen werden. Die Briefe dürfen auch wieder verschlossen eingeliefert werden. Ausgenommen von der Beförderung sind nur Briefsendungen nach Rußland, der Ukraine, den Baltanstaaten und der asiatischen Türkei. Nach fast fünfjähriger Unterbrechung sind also endlich die Kanäle wieder geöffnet, durch welche die Privat- und Geschäftsbriefe nach dem Auslande, nach Amerika, Asien, Australien, Afrika, abfließen können. Das wird von aller Welt mit freudiger Genugtuung begrüßt werden, selbst wenn die Reichspost zunächst die Sendungen nur „auf Gefahr des Absenders" annimmt. Wie die Hungerblockade aufgehoben ist, so ist nun endlich auch die Briefblockade, die Deutschland 5 Jahre lang von aller Welt abschnitt, gefallen. In die Freude mischt sich freilich dadurch ein Wermutstropfen, daß von jetzt ab Briefsendungen nach Elsaß-Lothringen laut Verfügung des Reichspostministeriums vom 5. August wie Briefe nach dem Auslande frankiert werden müssen.

* **Auch die Post wird teurer!** Nach dem dem Staatenausschuß vorgelegten Gesetzentwurf über die Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren beträgt künftig das Briefporto die 20 Gramm 20 Pfennig, über 20 Gramm 30 Pfennig. Für die Berechnung des Paketportos sind zwei Zonen vorgesehen, eine Nahzone bis 75 Kilometer einschließlich und eine Fernzone über 75 Kilometer. Beim Gewichte sind hier Stufen von je 5 Kilogramm gemäßt. Das Paketporto beträgt bis zu 5 Kilogramm einschließlich in der Nahzone 75 Pfennig, in der Fernzone 1,25 Mark, über 5 Kilogramm bis einschließlich 10 Kilogramm 1,25 bezw. 2,50 Mk., über 10 Kilogramm bis einschließlich 15 Kilogr. 3 bezw. 5 Mk., über 15 Kilogramm bis einschließlich 20 Kilogramm 4 bezw. 6 Mk. Die Telegrammgebühr beträgt für gewöhnliche Ortstelegramme 8 Pfennig für jedes Wort, mindestens 80 Pfennig; für gewöhnliche Telegramme im Fernverkehr 10 Pfennig, mindestens 1 Mark, für Pressetelegramme die Hälfte der bestehenden Gebühren. Der Gesetzentwurf über die Aenderung des Postscheckgesetzes verfügt, daß die feste Gebühr für Zahlungen im Postscheckverkehr von 5 auf 10 Pfennig erhöht wird. Im übrigen bleiben die Bestimmungen des bisherigen Postscheckgesetzes bestehen. Die Sinnahmen aus dem neuen Reichstargesetz und der Erhöhung der Telegramm- und Fernsprechgebühren werden auf 437 Millionen Mark geschätzt, von denen die erhöhten Postgebühren 327 Millionen Mark und die erhöhten Telegramm- und Fernsprechgebühren 110 Millionen Mark ergeben sollen. Auch die Gebühren für Drucksachen über 50 Gramm werden erhöht, ferner die Sätze für Geschäftspapiere, Warenproben und Mischsendungen.

Apollotheater. Die gestrige Erstaufführung von „Gigri" fand vor fast ausverkauftem Hause statt. Paul Linke hat zu diesem Stück eine wiegende träumerische Musik geschrieben, die Herr Kapellmeister Josef Beer vorzüglich erfaßte und leitete. Der Text ist jedoch der Musik nicht ebenbürtig und die allgemeinen verzwickten Wege, die die Liebe gehen muß, ehe sie endlich ihr Ziel erreicht, sind etwas unlogisch. Am Schluß finden sich dann drei ziemlich ungleiche Pärchen. Jedoch wurde in den einzelnen Partien Vorzügliches geleistet. Hertha Janowitz als Gigri verstand es wirklich, wie eine erotische Prinzessin zu erscheinen. Ihre Tänze waren gut einstudiert und stimmlich war sie mit ihrem Partner Josef Wallbrück zusammen hervorragend. Nur müßte sie in ihrem Wissenlied das Spiel auf dem Instrument wirklich nachahmen. Besonderen Beifall der Zuschauer erntete Karl Waterstradt als Negerkönig. Seine Maske war sehr gut, er ahmte das Tölpelhafte dieses schwarzen Faunen vortrefflich nach, und mußte seine mit Käthe Träger vorgeführten wahrhaft negerhaft ungeschlissenen Tänze oft wiederholen. Er meisterte diese schwere Rolle vollkommen. Erwähnenswert sei noch Frl. Müller als Yvonne, Julius Hoffmann als Pantoufle und der Gauner Poivre, der von Walter Scholz gut gespielt wurde. Im großen und ganzen ist zu sagen, daß die Güte alle auf der Höhe waren, und man hat den Eindruck, als sei Josef Wallbrück noch zu größerem fähig, denn er besitzt eine sehr schöne weiche Tenorstimme, die alle Höhen und Tiefen leicht durchschwebt und in der Liebesszene sehr gute lyrische Momente hatte. Die Spielleitung war bis auf die Chorzusammenstellung gut. Der Chor war etwas zu schwach besetzt und konnte sich nur schwer den Hauptdarstellern anpassen. Ebenso dürfen die Statisten nicht so steif auf der Bühne herumstehen. Der reiche Beifall des vollbesetzten Hauses zeigte, daß das Stück sehr angesprochen hat und das Apollotheater für die Folgezeit mit gutem Besuch rechnen kann.

* **Entomologische Gesellschaft.** Mittwoch, den 13. August, abends 8½ Uhr, findet im „Nikolaus" eine Sitzung statt. Gäste sind willkommen.

Stadttheater. Das Theaterbureau ersucht uns, auf die heutige Anzeige besonders hinzuweisen, worin ein unterlaufener Irrtum in der gestrigen Anzeige dahingehend berichtigt wird, daß heute, Dienstag, „Johannisfeuer", Schauspiel in 4 Aufzügen von Sudermann zur Aufführung kommt. Morgen, Mittwoch, „Lohengrin" (Anfang 7 Uhr). Donnerstag „Der Erbförster". Vom 15. bis 31. August finden, wie bereits gemeldet wurde, keine Aufführungen statt, da während dieser Zeit bauliche Erneuerungen im Bühnenhaus vorgenommen werden. Für Montag, den 1. September, ist „Siegfried" von Richard Wagner angesetzt.

Bad Wittekind. Morgen, Mittwoch, abend 8 Uhr findet Extra-Konzert von der Kapelle des Füs.-Regts. Nr. 36 unter Leitung des Kapellmeisters Otto Haupt statt. Die Vortragsfolge enthält Werke von Verdi, d'Albert, Gialdini, Meyerbeer, Wagner, Hoch, Millöcker, Kloß, Fall und Freie. Die Eintrittspreise sind aus der Anzeige zu ersehen.

Ammendorf. Bürgerverein „Rosengarten". Die gestern stattgefundene sehr gut besuchte Versammlung fand eine reichhaltige Tagesordnung vor. Als wichtigster Punkt stand die Gründung einer aus Anliegern bestehenden Nachtwache zur Beratung, um dem Ueberhandnehmen der Diebstähle nach Möglichkeit zu steuern. Sämtliche Mitglieder fanden sich bereit, den Wachtdienst zu übernehmen. Die Regelung dieses Dienstes ist Herrn Ob.-Tel.-Asst. Quielitsch übertragen. Das Stiftungsfest soll in Form eines Familienabends Freitag, den 5. September stattfinden.

Aus der Provinz.

Sandersdorf. Wie die Unentwegten „marscheren" Vor kurzem fand hier eine Versammlung der U. S. P. statt, in der der Gewerkschaftsangestellte Winter-Halle über „Kommunismus und Sozialismus" sprach. Der Besuch war sehr schwach und die wenigen Teilnehmer waren nach nicht einmal überzeugte Anhänger des Herrn Winter. Da sie die Phrasen nun bald satt haben und nie etwas Neues hören, erklärten verschiedene Arbeiter, daß die ganze Predigt sehr langweilig gewesen sei. Am Schluß bat der Referent die Kommunisten recht inbrünstig um die

Die Geschichte zweier Städte.

(103)

Roman von Charles Dickens.

Er bewegte die Hand nicht wieder nach der Brust. Der Gefangene sprang mit vorwurfsvollem Blick auf, aber Cartons Hand lag dicht und fest auf seinen Nasenlöchern, und sein linker Arm hatte ihn um die Hüfte gefaßt. Einige kurze Augenblicke versuchte er sich schwach des Mannes zu erwehren, der gekommen war um sein Leben für ihn hinzugeben; aber nach vielleicht einer Minute lag er bewußtlos am Boden.

Rasch und ohne zu zögern zog Carton die Kleider des Gefangenen an, kämmte sein Haar zurück und band es mit dem Bande, das der Gefangene getragen hatte. Dann rief er leise: „Dort draußen, herein! Herein!" Und der Spion erschien.

„Seht Ihr ihn?" sagte Carton aufblickend, wie er auf einem Knie neben dem Bewußtlosen kniete und ihm das Papier in die Brust schob; „ist Eure Gefahr sehr groß?"

„Mr. Carton," gab der Spion, furchtsam mit dem Finger schnippend, zur Antwort, „das ist in dem Geschäftsdrange hier die Gefahr für mich nicht wenn Sie Ihren ganzen Plan getreulich ausführen."

„Macht Euch keine Sorge um mich. Ich halte treu aus bis zum Tode."

„Das müssen Sie auch, Mr. Carton, wenn die Zahl zweiundfünfzig richtig sein soll. Wenn Sie sie in diesem Anzuge vollzählig machen, habe ich keine Furcht."

„Fürchtet nichts! Ich werde bald außerstande sein Euch zu schaden, und die übrigen werden will's Gott, bald weit weg von hier sein. Jetzt ruft Leute und bringt mich nach dem Wagen."

„Sie?" sagte der Spion voller Unruhe.

„Ihn, mit dem ich getauscht habe. Ihr geht zu demselben Tore hinaus, zu dem wir hereingekommen sind."

„Natürlich."

„Ich war schwach und angegriffen, als ich kam, und bin jetzt, wo Ihr mich fortbringt, noch angegriffener. Der Abschied hat mich überwältigt. So etwas ist hier oft, nur zu oft geschehen. Rasch, ruft Leute!"

„Ihr schwört, mich nicht zu verraten?" sagte der zitternde Spion, als er noch einmal stehen blieb.

„Mensch, Mensch! entgegnete Carton und stampfte mit dem Fuße; „habe ich noch nicht feierliche Eide genug geschworen, dies durchzuführen, daß Ihr jetzt die kostbaren Augenblicke verschwendet, Bringt ihn selbst nach dem Hofe, den Ihr kennt, schafft ihn selbst in den Wagen, zeigt ihn selbst Mr. Lorry; sagt ihm selbst, ihm kein anderes Wiederbelebungsmittel als frische Luft zukommen zu lassen und meiner Worte und seines Versprechens von gestern abend zu gedenken und von dannen zu fahren!"

Der Spion entfernte sich, und Carton setzte sich an den Tisch und stützte den Kopf in beide Hände. Der Spion kehrte gleich darauf mit zwei Männern zurück.

„Ah, ah, ah!" sagte der eine, als er den auf den Boden Gesunkenen sah. „So betrübt zu erfahren, daß sein Freund einen Gewinn in der Lotterie der heiligen Guillotine gezogen hat."

„Ein guter Pariot", sagte der andere. „könnte kaum betrübter sein, wenn der Aristokrat eine Niete gezogen hätte."

Sie hoben den Bewußtlosen auf, legten ihn auf eine Tragbahre, die sie vor der Tür stehen hatten, und bückten sich, um ihn fortzutragen.

„Die Zeit ist kurz, Evrémonde", sagte der Spion in warnendem Tone. „Ich weiß es" gab Carton zur Antwort. „Tragt Sorge für meinen Freund, bitte ich Euch nochmals, und veranlaßt mich."

„So kommt", sagte Barsard zu den anderen. „Tragt ihn hinunter."

Die Tür schloß sich, und Carton war allein. Mit gespanntester Aufmerksamkeit horchend, lauschte er auf jeden Ton, der Verdacht oder Alarm anzeigen könnte. Man vernahm keinen. Man hörte sich Schlüssel drehen, Türen rollen, Tritte durch entfernte Gänge schallen, aber kein ungewöhnliches Geräusch oder Lärmen machte sich vernehmlich. In einer kleinen Weile atmete er freier auf, setzte sich an den Tisch und horchte wieder, bis es zwei Uhr schlug.

Töne, vor denen er sich nicht fürchtete, denn er erriet, was sie bedeuteten, machten sich jetzt hörbar. Mehrere Türen wurden hintereinander geöffnet und zuletzt seine eigene. Ein Schließer, mit einem Verzeichnis in der Hand, blickte herein, sagte nur: „Folgt mir, Evrémonde!" und er folgte ihm in eine große duntle Halle. Es war ein trüber Wintertag, und die Dunkelheit drinnen und draußen machte, daß er die anderen, die hereingebracht wurden, um hier gebunden zu werden, nicht gut erkennen konnte. Einige standen, einige saßen, einige jammerten und gingen ruhelos auf und ab; aber das waren wenige. Die große Mehrzahl war ruhig und stumm und saß starr auf den Boden.

Wie er an der Wand in einer dunklen Ecke stand, während noch einige von den Zweiundfünfzig nach ihm hereingebracht wurden, blieb einer im Vorbeigehen bei ihm stehen, um ihn als Bekannten zu umarmen. Ein angestrollter Gedanke, entdeckt zu werden, fuhr ihm durch die Seele; aber der andere ging weiter. Ein paar Augenblicke später stand ein schmächtig gebautes Mädchen, mit lieblichem, aber abgezehrtem Gesicht, auf dem keine Spur Farbe sichtbar war, und großen, weit offenen, geduldigen Augen von der Bank auf, wo er sie sitzen gesehen hatte, und trat an ihn heran.

„Bürger Evrémonde", sagte sie, und berührte ihn mit ihrer kalten Hand. „Ich bin eine arme kleine Näherin und war mit Euch in La Force."

Er murmelte vor sich hin: „Richtig. Ich vergaß, weshalb Ihr angeklagt waret."

„Wegen Verschwörung. Obgleich der gerechte Himmel weiß, daß ich unschuldig bin. Ist es wahrscheinlich? Wer soll auf den Einfall kommen, mit einem armen, schwachen Geschöpf, wie ich bin, zu komplottieren?"

Das trübe Lächeln, mit dem sie dies sagte, rührte ihn so, daß Tränen seine Augen füllten. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190812-16/fragment/page=0005

Bruderhand, was ihm natürlich als „Gewerkschaftsbonzen" glatt abgeschlagen wurde. Auch seine wüttende Schimpfkanonade auf die verfluchten Mehrheitssozialisten konnte die Zuhörer nicht ermuntern. Von verschiedenen Seiten wurde das Vorgebrachte nur als Unsinn und Kohl bezeichnet. Das ehemalige Vorstandsmitglied Scholz forderte seine Genossen auf, mit ihm gemeinsam zur kommunistischen Partei überzutreten, da die unabhängigen Bonzen das Vertrauen der Arbeiter nicht genießen könnten. Wir sind auf die Weiterentwicklung der Dinge hier am Ort gespannt. Wir wünschen jedoch unseren Unbändigen viel Glück zu ihren „Aufwärtsbewegung".

Lauchstedt. Stadtverordneten-Sitzung. Dem städtischen Arbeiter Benzien wird der Tagelohnsatz auf 6 Mk. erhöht. Nachzahlung soll vom 1 Juni 1919 ab erfolgen. Vergleicht man hierzu die Lohnsätze der übrigen arbeitenden Bevölkerung und beachtet die herrschende Teuerung, so muß man sich fragen, wie ein Mann mit 6 Mk. Tagelohnsatz auskommen soll. Was will man aber von einer demokratischen Mehrheit verlangen, noch dazu, wenn die U. S. P. beabtelos dieser Vorlage zustimmt. Die Abrechnung über den städtischen Kirschenverkauf ergab einen Reinertrag von 3750,38 Mk. Es sind pro Kopf der Bevölkerung 5½ Pfund Kirschen à 0.60 Mk. abgegeben und herrscht über diese Verteilung allgemeine Zufriedenheit. Für besondere Bemühung bei Bewachung der Kirschen erhielt der Kriegsbeschädigte Müller von der Versuchswirtschaft 30 Mk. Vergütung. Bei den Magistratswahlen wurden gewählt: Stadtverordneter Kirch (Demokrat) als Beigeordneter, Hl. Gröbler (D.-N.) als 1. und Stadtverordneter Welge (U. S. P.) als 2. Magistratsmitglied. Die alten Sozialdemokraten sind durch die damaligen Verhältnisse nicht in der Stadtverwaltung vertreten. Es ist nun Sache der hiesigen Ortsgruppe, dahin zu wirken und zu arbeiten, daß es bei den nächsten Wahlen anders wird. Es sind deshalb alle Genossen verpflichtet, sich der bestehenden Ortsgruppe anzuschließen und ihre Anmeldung beim Genossen Max Frauenbord abzugeben.

Lauchstedt. Oeffentliche Versammlung. Am 6. d. M. hatte die U. S. P. D. zu einer Volksversammlung in der Stadt Leipzig eingeladen. Der Redner, Rechtsanwalt Eisel aus Berlin sprach über die Schuld am Kriege und machte die Genossen Scheidemann und Ebert für die Verlängerung des Krieges mitverantwortlich. Er forderte unter anderen auf sich zur zweiten Revolution bereit zu halten, in welcher die jetzige Regierung, da sie unfähig sei, gestürzt werden und die U. S. P. D. ans Ruder kommen müsse. Dann beginne erst mal für das Proletariat die goldene Zeit. Auf die Redensarten, daß die Rechtssozialisten Dumpen und Verbrecher seien, näher einzugehen, verlohnt sich nicht und dies dachten wohl auch die Genossen, denn zur Diskussion meldete sich niemand. Auch hier müssen wir den Genossen wieder zurufen: Schleicht Euch zusammen und meldet Euch zur alten Partei!

Oberröblingen a. See. Die Unabhängigen als Dauerredner". Am 9. d. M., abends 8 Uhr fand im Gasthof zum Anker unsere erste gut besuchte öffentliche Versammlung statt. Zur Eröffnung derselben führte der Vorsitzende an, daß es dringend erforderlich sei, daß auch unsere Partei hier einmal zu Worte komme, da in den letzten Monaten die hiesige Einwohnerschaft nur einseitig über unsere Partei informiert worden ist. Da es bereits vor Beginn der Versammlung fest stand, daß von seiten der U. S. P., die sich außer anderen „Größen" ihren Parteisekretär von Eisleben „verschrieben" hatten, unserer Versammlung Schwierigkeiten gemacht werden sollten, so fühlte sich der Vorsitzende veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß wir nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren, sondern mit geistigen Waffen unseren Kampf ausfechten wollen. Darauf ergriff Gen. Drescher zu seinem Vortrage „Warum wir den Gewaltfrieden unterzeichnen mußten" das Wort. In 1½stündiger, von vielen Zwischenrufen der U. S. P. unterbrochenen Rede, ging derselbe auf das Verhalten unserer Partei in der Kriegs- und Friedensfrage ein und kam zu dem Schluß, daß das Verhalten unserer Partei in der Kriegszeit nur darauf gerichtet war, einen solchen Gewaltfrieden, wie wir ihn schließlich jetzt doch unterschreiben mußten zu verhindern. Zur Diskussion übergehend schlug der Vorsitzende vor eine Redezeit von einer Stunde festzusetzen. Dies wurde jedoch von den erschienenen Anhängern der U. S. P. abgelehnt und als ersten Redner wurde dem Parteisekretär der U. S. P. das Wort erteilt. Im ersten Teil seiner Rede blieb er noch sachlich, verlor jedoch zum Schluß in eine wüste Schimpfkanonade gegen die Regierung und die dreimal verfluchten Mehrheitssozialisten. Dieser Herr brauchte 2½ Stunde, bis er sich ausgetobt hatte. Der Vorsitzende fragte deshalb die beiden nachfolgenden, ebenfalls der U. S. P. angehörenden Redner, ob sie infolge der vorgeschrittenen Zeit nicht auf das Wort verzichten wollten, da sie uns ja doch nichts Neues mehr sagen könnten, was natürlich wieder abgelehnt wurde. Der Vorsitzende forderte unsere Genossen darauf auf, den Saal nicht zu verlassen, sondern bis zum Schluß auszuhalten, da die U. S. P. beabsichtige, unsere Anhänger auszugrauen und den Referenten nicht mehr zum Schlußwort kommen zu lassen. Als nächster Redner trat Otto König (der König von Mansfeld, siehe Kommunistenversammlung) auf den Plan. In einer eineinhalbstündigen Rede, in der die allen Kamellen wieder aufgewärmt wurden die mir hier schon alle auswendig können, langweilte er die Versammlung gehörig. Nachdem ein Vertreter der Kriegsbeschädigten gesprochen hatte, rempelte ein dritter unabhängiger Sprecher verschiedene Genossen persönlich an. In seinem Schlußwort mußte Gen. Drescher sich sehr kurz fassen, und er konnte nur das Wichtigste aus der Debatte herausgreifen und widerlegen. Bevor der Vorsitzende die Versammlung schloß, führte er an, daß es sehr schlecht mit der Werbefähigkeit der U. S. P. bestellt sein müsse, wenn man solche Mittel, wie sie hier geübt worden sind, nötig hat, um zu verhindern, daß ihren Anhängern auch einmal unser Standpunkt bekannt wird. Man befürchtet jedenfalls, daß auch im hiesigen Bezirk, ihrer Hochburg, die Felle so langsam fortschwimmen könnten. Wir aber lassen uns dadurch nicht im geringsten abschrecken. Aufklärung über unsere Partei im Orte zu verbreiten, und werden bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit wieder in die Oeffentlichkeit treten. Alle Genossen werden wohl noch lange an diese erste Versammlung denken, die bis 1/3 3 Uhr morgens dauerte.

Dürrenberg. Oeffentliche Versammlung. Auf Veranlassung des sozialdemokratischen Ortsvereins Dürrenberg sprach am Freitag abend Genosse Täumel über das Wirken der Arbeiterräte in den Betrieben. Er verstand es sachlich und präzise dieses Thema zu erläutern und für jedermann verständlich zu machen. Gen. Müller forderte darauf zur sachlichen Diskussion auf. Der unabhängige Herr Schmöller, Mitglied des A.-R.-Dürrenberg, verstand es, die reinwirtschaftliche Frage auf politisches Gebiet zu schieben. Gen. Müller erinnerte Herrn Schmöller daran, daß dies Verfahren nicht korrekt ist, da der Referent nur rein wirtschaftliche Gesichtspunkte behandelt hatte. Er wies die Vorwürfe schlagfertig zurück und bat die folgenden Diskussionsredner, möglichst sachlich zu bleiben. Es war umsonst, Herr Kaiser, ebenfalls U. S. P., drosch denselben Stoff nochmals durch. Dann nahm der unentwegte Herr Schmöller nochmals das Wort und schämte sich nicht den Versammlungsleiter einschüchtern zu wollen, indem er äußerte: „Sie haben es nur der Disziplin der unabhängigen Partei zu verdanken, wenn sie nicht von der Bühne herunter auf die Straße geflogen sind. Nach diesen Heldentaten forderten sie ihre Genossen und Anhänger auf, den Saal zu verlassen. Sachlich konnte sich wohl keiner der anwesenden U. S. P.-Volksbeglücker in die Diskussion einlassen, sie zogen deshalb die Konsequenz und verschwanden vor dem Schlußwort. Gen. Täumel widerlegte darin die erhobenen Anwürfe, legte aber das Hauptgewicht auf das Thema selbst. Um 1/4 11 Uhr wurde die bewegte aber gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Delitzsch. Hülsenfrüchte, vom 14. ab weiße Bohnen auf Abschnitt Nr. 46 je 200 Gramm für 50 Pfg. in allen Verkaufsstellen. Käse in der städt. Verkaufsstelle Augusta-Viktoria-Promenade 6, auf Abschnitt Nr. 149 je ein Stück zu 41 Pfg. Dienstag, den 12. Aug., nachm. 2—3 Uhr Nr. 156—245, 3—4 Uhr Nr. 246—385, 4—5 Uhr Nr. 386—490, 5—6 Uhr Nr. 491—595; Mittwoch, den 13 Aug., nachm. 2—3 Uhr Nr. 596—700, 3—4 Uhr Nr. 701—805, 4—5 Uhr Nr. 806—945, 5—6 Uhr Nr. 946—1050. Kunsthonig. Auf Abschnitt Nr. 45 je ein Pfund zu 80 Pfg. in allen Verkaufsstellen.

Könnern. Mitgliederversammlung der sozialdemokratischen Partei. Am Freitag, den 8. August fand hier die fällige Mitgliederversammlung bei reichhaltiger Tagesordnung statt. Gen. Ecke gab als Delegierter den Bericht der ersten Bezirkskonferenz, zu welcher Gen. Pikard-Halle der Versammlung eine gut durchdrungene Ergänzung zulage legte und verstand recht gut die Genossen in bauernder Spannung zu halten. In der Aussprache wurde die Betriebsgruppe über die Arbeiten der ersten Bezirkskonferenz ausgesprochen. Sodann wurde zu der bevorstehenden Neuwahl des Magistrats Stellung genommen. Gen. Große wurde zum Kassierer. Gen. Schlüter zum Berichterstatter für die Volksstimme gewählt. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Genossen zur fleißigen Agitation für unsere Partei und Presse.

Könnern (Saale). Untere und mittlere Beamte.) Am Sonntag, den 10. August, fand im Cafe National eine Versammlung der ländlichen Beamten statt. Es war den unteren Post- und Telegraphenbeamten nicht möglich, derselben von Anfang an beizuwohnen. Als sie um 6¼ Uhr erschienen, wurde ihnen von dem Herrn Referenten nochmals der Zweck der Versammlung klargelegt. Als Herr Wigosty im Namen seiner Kollegen das Wort erhielt, und der Versammlung die Frage vorlegte, welcher großen Organisation die neugegründete Ortsgruppe angehört und welchen Weg sie gedenke einzuschreiten, wurde ihm vom Versammlungsleiter das Wort entzogen und er wurde mit seinen Kollegen zu der Debatte nicht mehr zugelassen. Erst als verschiedene Kollegen darauf den Saal verließen, bequeme man sich, ihm Redegelegenheit zu geben. So steht daß gute Einvernehmen zwischen den unteren und mittleren Beamten, was von oben verlangt wird, aus.

Naumburg. Zur Berichterstattung. Laut Beschluß der letzten Bezirkskonferenz soll in jedem Ort, in dem ein Wahlverein besteht, ein Genosse als Berichterstatter bestimmt werden. Vom Vorstand ist Gen. Schinnerling damit betraut worden. Um nun eine gründliche und umfassende Berichterstattung durchzuführen ist die Mitarbeit aller Genossen erforderlich. Aus diesem Grunde soll nun jeder, der irgend etwas für die Allgemeinheit Wissenswertes erfährt, sei es ein Unfall auf der Arbeitsstätte oder auf der Straße, oder irgendwelche Vorkommnisse im politischen oder öffentlichen Leben, oder irgendwelche Unregelmäßigkeiten bei der Warenverteilung usw., wende sich deshalb umgehend an den Gen. Schinnerling, Michaelisstr. 78 im Hof rechts, und teile ihm die genauen Einzelheiten mit, damit er auf schnellstem Wege an die Volksstimme gelangen.

Naumburg. Diskutierabende. Am Donnerstag, den 14. August, abends 8 Uhr beginnen im „Preuß. Hof" die Diskussionsabende für das Winterhalbjahr. Gen. Manthey wird über „Die S. P. D. und die kommenden Reichstagswahlen" sprechen. Alle Genossinnen und Genossen, die an diesen Abenden teilnehmen wollen werden gebeten, daselbst zu erscheinen. Der Vorstand erwartet eine zahlreiche Beteiligung.

Naumburg. Gesangs-Konzert des Arbeiter-Sängerchors. Es war ein vortrefflicher Gedanke, den ersten günstigen Sonntag nachmittag zu einem Gesangs-Konzert in dem Bürgergarten zu benutzen. Der Arbeiter-Sängerchor ist neben dem Gutenberg-Gesangverein zur Zeit der einzige Männerchor Naumburgs, der gutes Stimmmaterial besitzt und in seinen Leistungen sich den früher bestehenden besten Männer-Gesangvereinen anreiht. Es gereicht der Naumburger Arbeiterschaft zur Ehre, daß sie es ist, die das deutsche Lied innerhalb Naumburg pflegt und den vierstimmigen deutschen Männergesang nicht aufgibt. Im deutschen Liede liegen gar gute Kräfte, und diese Kräfte pflegt die Arbeiterschaft mit Bewußtsein und sucht sie immer mehr zu verstärken. „Wo man singt, da laß dich ruhig nieder! Böse Menschen haben keine Lieder" Auch diese alte Wahrheit soll an dieser Stelle unterstrichen werden. Die Vortragsfolge umfaßte 15 Nummern. Ein fürwahr respektables Programm! Eine Fülle von Arbeit ist notwendig gewesen, diese Reihe von Liedern vorzubereiten, und man muß dem Leiter des Arbeiter-Sängerchors, Max Helm, die uneingeschränkte Anerkennung zollen, daß er seine Sängerschar gut im Zuge hatte und sie mit sicherer Hand von einem Erfolge zum andern führte. Der Prüfstein eines guten Männerchors ist und bleibt das deutsche Volkslied. Und so wären denn die Volkslieder (als echtes alles Volkslied war leider nur eins im Programm enthalten) auch der Mittelpunkt des Konzertes gewesen. Volkstümliche Lieder von Pfeil, Brenn, Wohlgemut, Nolopp waren mehrere vorhanden und ernteten auch den reichen Beifall der Zuhörer. Die sechs Männerchöre von Uthmann, die musikalisch meist nicht ganz einwandfrei sind, aber textlich eine große Anhängerschaft haben, übten auch diesmal die erprobte Wirkung aus. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß der Arbeiter-Sängerchor ein sehr schönes Doppelquartett besitzt und im Tenor und Baß auch solistisch sehr gut vertreten ist. Den Webersches Näpenchören ging „Freischütz" und „Euryanthe", sowie dem Mandolenchor aus dem „Fliegenden Holländer" soll noch eine besondere Anerkennung ausgesollt werden. Das Programm war reichlich lang — für die Sänger und war eine außerordentliche Leistung. Das Konzert war gut besucht und fand freudigen Beifall.

Bodwitz. Gemeindevertretersitzung. In der am Freitag, den 8. August stattgefundenen Gemeindevertretersitzung wurde beschlossen, die Stelle eines Gemeindevorstehers auszuschreiben und zwar unter folgenden Bedingungen: Anstellungsgehalt 3600 Mk., außerdem die Teuerungszulagen, 4 Ratenzuzugen von je 400 Mk. und freie Wohnung im Werte von 360 Mk., Pension nach der neuen Landgemeindeordnung. Für den Bau einer Wohnung für die Gemeindeschwestern wurden 975 Mk. bewilligt. Außerdem wurde beschlossen, eine Gemeindesparkasse zu errichten. Die nötigen Vorarbeiten wurden einer Kommission übertragen bestehend aus: Reinhold Dorn, Max Noack, Karl Böhme, Fr. Noack und Robert Schüller. Am Donnerstag, den 14. August, abends 8 Uhr, findet die Mitgliederversammlung der S. P. D. bei Waldau statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Genossen zu erscheinen.

Schiedau. Wohnungsnot. In unser Städtchen macht sich auch die Wohnungsnot in unerfreulichem Maße bemerkbar und wird auch von gewissenlosen Hausbesitzern gehörig ausgenutzt. Sogar der Bürgermeister mußte eine Notwohnung beziehen, da das frühere Regime in seiner Kurzsichtigkeit versäumte, städtische Dienstwohnungen einzurichten. Dadurch entstanden Mißhelligkeiten, die zum Vergernis weiter Kreise unser Stadt infolge hoher Baukosten zum Bau eines Wohnhauses für den Bürgermeister und städt. Beamten führen sollten. Jetzt ist aber diese Sache in erfreulicher Weise zum Abschluß gekommen. Wie wir erfahren, baut ein Privatunternehmer in der Nähe des Baumgartens auf eigene Rechnung ein Wohnhaus für den Bürgermeister. Es wäre zu wünschen, daß unsere Stadtväter endlich mal zur Wohnungsfrage Stellung nehmen. Was nutzt das Heranziehen fremder Familien, wenn noch nicht einmal für die ansässigen gesorgt wird.

Schiedau. Stadtverordnetensitzung. Einstimmig bewilligt wurden die Mittel für Instandsetzung der vorderen Schreibstube im Rathause und 1 Mk. Tagegeld (75 Pfg.) für den Ortsarmen Schneider und Frau. Dem 2. Satzungsnachtrag der Stadtsparkasse und nach einigen Abänderungen der Lustbarkeitssteuerordnung wurde Zustimmung erteilt. Im Laufe der Debatte wies der Bürgermeister die Ausstreuungen über das Vergeuden städtischer Gelder zurück und betonte hierbei, daß er sich durch nichts zurückhalten lasse diejenigen Anschaffungen, die er im Interesse der Sicherheit der städt. Wertobjekte benötigte (Geldschrank usw.) vorzunehmen. Die Grenzstreitigkeit Kleinert-Kretschmar, ein Ueberbleibsel städt. Lotterwirtschaft, wurde geheim verhandelt, damit den Schiebern reaktionärer Anhänger des letzteren entgegengearbeitet werden kann. Leider kam es wieder zu persönlichen Reibereien die dazu führen, das Ansehen der Versammlung auf das Niveau eines Klatschkränzchens zu drücken. Gen. Kanitz trat in anerkennenswerter Weise dagegen auf. Gen. Hempel wünscht mehr Reklame für die Sparkasse, den Giroverkehr usw. Hierauf geheime Sitzung.

Aus aller Welt.

Hannover. Bereiteltes Verbrechen. Ein Verbrechen, dem sicher eine Bergwerksanlage und ein großer Teil einer blühenden Ortschaft zum Opfer gefallen wäre, wurde Freitag früh auf dem Grubenbahnhof Barsinghausen am Deister entdeckt. Dort war während der Nacht ein Bahnwagen mit Dynamit in das Bergwerk eingefahren. Als am frühen Morgen die Arbeiter erschienen, bemerkten sie unter der Ladung eine Zündschnur, die kurz vor dem Dynamit abgebrannt war. Dicht vor der Explosionsstelle mußte sie durch irgendeinen Umstand erloschen sein. Dadurch wurde ein großes Unglück verhütet.

Hannover. 11 August. Eisenbahnunfall. Nach einer amtlichen Meldung fuhr am 9. August nachmittags bei Ahlen, Westfalen, ein Personenzug einem Güterzug in die Flanke. Drei Mitarbeiterpersonen wurden getötet, eine schwer und drei leicht verletzt.

v. Hamburg. 11. August. Hier haben heute fast sämtliche Banken den Betrieb einstellen müssen infolge des Streiks der Angestellten und Boten. Seit einigen Tagen ist bereits eine Lohnbewegung im Gange, die den entschiedenen Widerstand der Unternehmer findet. Der bekannte Berliner Bankbeamtenführer Marx (man spricht auch davon, daß Emonts, der immer noch gerichte, anwesend sein soll) hat an den Verhandlungen teilgenommen. Man kann die Bankleitungen nicht ganz von der Mitschuld an diesem neuen Streik freisprechen, da ein Teil der Forderungen, die gestellt werden, berechtigt zu sein scheinen. Das Korps Lettow läßt die Bankhäuser durch verstärkte Patrouillen zum Schutze Arbeitswilliger bewachen. Es wird weiter verhandelt.

Ein Wort vom Lohn.

Vergleicht man die heute vielfach gezahlten Löhne mit denen, die vor dem Kriege gezahlt wurden, möchte man meinen, die erwerbstätige Bevölkerung müßte im Wohlleben geradezu ersticken. Und doch ist trotz der großen Verdienstziffern die Lebenslage der Arbeiterschaft schlechter, als sie in Frieden gewesen. Trotz des zahlenmäßig hohen Einkommens können wir uns nicht das beschaffen, was wir zum Leben notwendig haben. Liegt das nun daran, daß unser Verdienst nicht hoch genug ist? Es liegt einfach an dem Mangel an Waren jeder Art. Besinnen wir uns doch, daß Deutschland vor dem Kriege unendliche Mengen von Nahrungsmitteln aus dem Ausland bezogen hat, daß Rohstoffe für unsere Industrie aus überseeischen Ländern in ganzen Schiffsladungen zu uns gekommen sind, daß ein ausgedehntes Eisenbahnnetz unseren Verkehr mit dem Ausland und daß eine große Handelsflotte unseren Handel mit allen Weltteilen vermittelt hat.

Zur Hauptsache sind wir heute noch immer auf die Erzeugnisse unseres Landes angewiesen, die natürlich zur Bedarfsdeckung nicht ausreichen. Wir haben nicht zu wenig Geld — was wir heute Geld nennen —, sondern wir haben zu wenig Waren, und keine Lohnerhöhung, mag sie noch so hoch sein, kann uns mehr von dem schaffen, was wir brauchen. Lohnerhöhungen bedeuten unter den jetzigen Verhältnissen nur eine Verschiebung der Personenreihen, die sich in den Besitz der vorhandenen Waren setzen können, oder auch ein stärkeres Verlangen nach Waren, eine stärkere Konkurrenz der Käufer, die wiederum nur geeignet ist, die Preise weiter in die Höhe zu treiben. Eine Befriedigung des allgemeinen Bedarfs der Bevölkerung wird dadurch nicht erreicht. Auch die von der Regierung getroffene Maßnahme, anderthalb Milliarden Mark zur Verfügung zu stellen, trifft nicht den Kern der Sache und schafft uns nicht mehr Waren. Sie kann wohl beruhigend auf die minderbemittelte Bevölkerung einwirken, doch den Warenhunger befriedigt auch sie nicht.

So lange, wie die Blockade uns abschloß von allen Zufuhren aus dem Ausland, bestand keine Hoffnung Wandel zu schaffen. Die Aufhebung der Blockade wird hier ziemlich schnell eine Aenderung herbeiführen. Wir werden Lebensmittel und Bedarfsartikel aller Art nach Deutschland hereinbekommen und der erste Warenhunger wird dadurch gestillt werden können. Aber diese Auslandswaren müssen bezahlt werden, und es entsteht die Frage, woher das verarmte Deutschland die Mittel dazu nimmt. Unser Geld ist kein Zahlungsmittel für internationalen Handelsverkehr, die meisten der jetzt hereinkommenden Waren werden auf Kredit geliefert, der gewährt wird in der Erwartung, daß Deutschland seine Arbeitsfähigkeit und seinen zähen Fleiß wieder gewinnt und mit seinen Arbeitsprodukten den jetzt gewährten Kredit bezahlt. Diese Erwartung dürfen wir nicht täuschen, wenn Deutschland leben bleiben soll. Es geht auch nicht an, daß wir auf die Dauer Fertigwaren aus dem Ausland beziehen, denn es würde uns jede Möglichkeit fehlen, sie zu bezahlen. Wir müssen wieder selber arbeiten und so viel herstellen, daß nicht nur unser eigner Bedarf gedeckt wird, sondern wir auch wieder Industrieprodukte in großen Mengen ausführen können.

Unsrer Arbeitskraft gilt der Kredit, den wir jetzt erhalten; mit unsrer Arbeitskraft die Industrie in Gang bringen, sie wieder zur Friedensproduktion umstellen, den gewährten Kredit für Lieferung von Rohstoffen in Anspruch nehmen und die Welt wieder mit unsern Industrieprodukten beliefern, das heißt, reale Werte schaffen, das heißt, den Kredit sicherstellen. (M. V.)

Literatur.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 16. Heft vom 2. Band des 37 Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Nationalgefühl und Klassenbewußtsein. Von Heinrich Cunow. — Der kommunalisierte Landrat. Von Eduard Bernstein. — Der Roman vom wilhelminischen Untertan. Von Dr. Friedrich Diederich. — Die Zentralisation des Steuerwesens im Reich. Von Wilhelm Guske — Elternbeiträge. Von Paul Oestreich. — Literarische Rundschau: Karl Vorländer, Kant und der Gedanke des Völkerbundes. Von O. A. Ellissen. Ernst Bloch, Geist der Utopie. Von K. W.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 6.50 Mk. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 50 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Wir bitten

unsere Leser und Leserinnen, sich bei Einkäufen zeigen in der Volksstimme zu berufen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190812-16/fragment/page=0006